



Nr. 165 | 30.09.2024

Zentralasien-Analysen

- **Grüner Wandel und Usbekistans Außenwirtschaft mit Russland und China**
- **Zentralasien im dritten Jahr von Russlands Krieg gegen die Ukraine**
- **Parlamentarische Aufarbeitung des deutschen Einsatzes in Afghanistan**

ANALYSE Wider dem geopolitischen Sturm. Usbekistans grüner Wandel zwischen Energiereform, Erdgasabhängigkeit und regionaler Kooperation Louis Skyner (Dentons / Europe-Uzbekistan Association for Economic Cooperation (EUROUZ), Prag)	2	KOMMENTAR Russlands Krieg gegen die Ukraine und Moskaus anhaltender Einfluss in Kasachstan Dana Masalimova (Harvard University)	20
ANALYSE Im Griff des Drachen? Usbekistans technologische Abhängigkeit von China als strategische Herausforderung für den grünen Wandel Hamza Boltaev und Alexander Schrier (beide University of World Economy and Diplomacy (UWED), Taschkent)	8	UMFRAGEN Haltung der Menschen in Kasachstan zu Russlands Krieg gegen die Ukraine	22
UMFRAGEN Ansichten zum Klimawandel in Usbekistan	13	KOMMENTAR Die Ansichten russischer Migranten in Kasachstan und Kirgistan zu Russlands Krieg gegen die Ukraine Félix Krawatzek & Gwendolyn Sasse (beide Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)	26
KOMMENTAR Strategische Neutralität. Postsowjetische Institutionen und Zentralasiens komplexe Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine Alexander Cooley (Barnard College, Columbia University, New York)	15	STATISTIK Soziodemografische Merkmale von russischen Migranten in Kasachstan und Kirgistan	28
STATISTIK Migrationsbewegungen und Rücküberweisungen zwischen Russland und Zentralasien im Kontext von Russlands Krieg gegen die Ukraine	18	KOMMENTAR Bilanz: Strategisch gescheitert. Zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands« Katja Mielke (Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)), Winfried Nachtwei (Münster)	29
		CHRONIK Hinweis auf die Online-Chronik	32

Wider dem geopolitischen Sturm. Usbekistans grüner Wandel zwischen Energiereform, Erdgasabhängigkeit und regionaler Kooperation

Louis Skyner (Dentons / Europe-Uzbekistan Association for Economic Cooperation (EUROUZ), Prag)

DOI: 10.31205/ZA.165.01

Zusammenfassung

Die usbekische Regierung hat das ehrgeizige Ziel formuliert, das Land bis 2050 in die Klimaneutralität zu führen und dafür die Wirtschaft grundlegend zu transformieren. Vorerst bleibt die usbekische Wirtschaft jedoch weiterhin stark von Erdgas abhängig, was den angestrebten Übergang zu erneuerbaren Energien und die notwendige Transformation der Wirtschaft behindert. Auch birgt die aktuelle Vertiefung der Energiekooperation mit Russland in den Bereichen Erdgas und Atomkraft Risiken für Usbekistans strategische Autonomie und Energiesouveränität. Um weiterhin die für den grünen Wandel notwendigen Investitionen anzuziehen, sind weitere Reformmaßnahmen wie die schrittweise Erhöhung der Energiepreise und die Förderung von privatem Unternehmertum im Energiesektor notwendig. Die Ausweitung der regionalen Zusammenarbeit im Stromhandel und Wassermanagement kann langfristig Energieengpässe beenden und das nachhaltige Wirtschaftswachstum in ganz Zentralasien beschleunigen.

Einleitung

Auch im Jahr 2024 setzt sich der Trend zur mannigfaltigen Unsicherheit im globalen Maßstab fort. Die Kriege u. a. in der Ukraine, im Gazastreifen und Sudan dauern ohne Aussicht auf Frieden an, während die geopolitischen Spannungen um Taiwan und im südchinesischen Meer weiter zunehmen. Unterdessen spitzten sich die Klimakrise und die Migrationskrise in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zu. Im Kontext dieser Entwicklungen rücken Fragen der Energiesicherheit und der Kontrolle über Lieferketten ins Zentrum der Strategien von staatlichen und internationalen Akteuren.

Mit seiner geographischen Lage im Herzen Eurasiens ist Usbekistan eines der Länder, die am stärksten mit diesen Fragen konfrontiert sind und gleichzeitig die rapide Neukonfiguration der geopolitischen Verhältnisse auf der Welt navigieren müssen. Ein unweigerlicher Teil dieser Neukonfiguration ist der Aufstieg Asiens zum Hauptwachstumsmotor der Weltwirtschaft und Stichwortgeber in Sachen technologischer Entwicklung und Innovation. Russlands Hinwendung nach Osten seit der Krim-Annexion 2014 ist mit der umfassenden Invasion in die Ukraine 2022 in eine Phase der wirtschaftlichen Absorbierung durch China übergegangen, was den tiefgreifenden Wandel der globalen Machtverhältnisse unterstreicht. In diesem Kontext des globalen geopolitischen Wandels konvergieren die Interessen der zentralasiatischen Staaten bei der Schaffung eines regionalen Binnenmarktes, der Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz, einer flächendeckenden Umstellung auf Green Economy sowie des Ausbaus der Transportrouten von Ost nach West und Nord nach Süd.

Sich seiner dafür zentralen Bedeutung bewusst, ist Usbekistan mittlerweile der wichtigste Akteur für die

multilaterale Harmonisierung zentralasiatischer Ziele und die Förderung von regionaler Zusammenarbeit zugunsten geteilter Interessen. Vor dem Hintergrund dieser präzedenzlosen Behauptung der regionalen Autonomie und Souveränität Zentralasiens, hat Präsident Schawkat Mirsijojew Ende 2023 sein Ziel verkündet, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2030 und in Einklang mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung und dem Übereinkommen von Paris auf 160 Mrd. US-Dollar zu verdoppeln. Dabei hat Mirsijojew anerkannt, dass sowohl eine verbesserte Energieeffizienz als auch eine Reduzierung der CO₂-Emissionen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Abmilderung der Folgen des Klimawandels unerlässlich sind. Allerdings stellt die fortwährende Abhängigkeit der usbekischen Wirtschaft von Erdgas diese Ambitionen vor gewaltige Herausforderungen. Auch baut Taschkent aktuell mit Moskau die Energiekooperation in den Bereichen Erdgas und Atomkraft aus, was zwar kurzfristig die Energiesicherheit verbessern kann, langfristig jedoch eine Gefahr für die strategische Autonomie und Energiesouveränität des Landes darstellt. Daher ist es für Taschkent absolut notwendig, veraltete Infrastruktur zu ersetzen, nachhaltigkeitschädliche Subventionen zu beseitigen, staatliche Unternehmen zu reformieren und einen regulatorischen Rahmen für Investitionen zu schaffen, durch den in großem Maßstab Privatkapital mobilisiert werden kann. Schließlich liegt im weiteren Ausbau der regionalen Zusammenarbeit im Wasser- und Energiebereich der Schlüssel für langfristiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in ganz Zentralasien.

Die wirtschaftliche Strategie bis 2030

Am 21. Februar 2024 erließ Präsident Mirsijojew das Dekret »Über die Umsetzung der Strategie *Usbekistan*

2030« (im Weiteren: die Strategie). Die Kernziele dieser Strategie umfassen u. a. den staatlichen Rückzug aus der Wirtschaft, eine Steigerung der Investitionen, den Übergang zu einer flächendeckenden Green Economy und den Ausbau der Infrastruktur, um das Land stärker in die globale Wirtschaft zu integrieren. Die Strategie erklärt außerdem das ambitionierte Ziel eines jährlichen BIP von 4.000 US-Dollar pro Kopf bzw. von insgesamt 160 Milliarden US-Dollar bis zum Ende des Jahrzehnts. Zur Realisierung dieser Ziele wird das Land in den kommenden sieben Jahren demnach Investitionen von mindestens 250 Milliarden US-Dollar benötigen, von denen mindestens 110 Mrd. US-Dollar auf ausländische Direktinvestitionen (FDI) entfallen sollen. Um die Anziehung dieser beachtlichen Investitionssumme zu gewährleisten, soll die makroökonomische Stabilität des Landes durch eine Reihe von Maßnahmen weiter konsolidiert werden, u. a. durch die strikte Begrenzung der Inflation bei maximal neun Prozent und der Begrenzung des Haushaltsdefizites bei maximal vier Prozent vom BIP. Gleichzeitig soll der Leitzins von zuletzt 23,2 Prozent langfristig auf zwei bis drei Prozent gesenkt werden. Zur Bewerkestellung von diesem Ziel sollen wiederum die weitere Abwertung der nationalen Währung gebremst, Gebühren angehoben und Subventionen reduziert werden. Der bereits geltende Grenzwert für externe öffentliche Schulden von 60 Prozent des BIP wird beibehalten, während gleichzeitig dauerhaft eine große Reserve in ausländischen Währungen gehalten werden soll.

Neben den Zielen definiert die Strategie folgende wirtschaftliche Prioritäten: die Steigerung der Erzeugung von grünem Strom durch flächendeckende Nutzung erneuerbarer Energien; eine Reform der Stromtarife; die Schaffung einer Energieaufsichtsbehörde; die Verabschiedung eines einheitlichen Gesamtkonzeptes für die Strominfrastruktur und zur Regelung für die Nutzung von Übertragungs- und Verteilerleitungen; die Liberalisierung des Gasmarktes; sowie die Ausgabe von grünen Zertifikaten und die Schaffung eines Marktes für den Handel mit CO₂-Emissionsgutschriften. Gleichzeitig soll die Entwicklung der Landwirtschaft gefördert und die landwirtschaftliche Nutzung von Wasserressourcen verbessert bzw. rationalisiert werden. Dafür sollen weitere Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels umgesetzt, Bewässerungssysteme modernisiert und Instrumente zur Messung des Wasserverbrauchs installiert werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur durch öffentlich-private Partnerschaften (PPP) zur Verbesserung der inländischen sowie innerregionalen Konnektivität. Auch soll im Rahmen einer umfassenden Dekarbonisierung der Wirtschaft durch die Einführung von »grünen Hypotheken« privates Kapital freigesetzt wer-

den, während neue Bauvorschriften die Energieeffizienz von Neubauten gewährleisten sollen. Das Investitionsklima soll verbessert, die Ausfuhren durch Schaffung neuer Industriezonen erhöht, der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt gestärkt, der Zugang zu externen Märkten erleichtert, staatliche Unternehmen schrittweise privatisiert, sowie der Kapitalmarkt langfristig weiterentwickelt werden.

Die aktuelle wirtschaftliche Situation seit 2023 und die wirtschaftlichen Prognosen für 2024

Das reale BIP-Wachstum stieg von 5,7 Prozent im Jahr 2022 auf 6,0 Prozent im Jahr 2023 und fiel damit aufgrund der Zunahme industrieller Produktion und trotz des wirtschaftlichen Schocks nach dem russischen Überfall auf die Ukraine höher als erwartet aus. Das Wachstum des Dienstleistungssektors verlangsamte sich allerdings von 8,5 auf 6,8 Prozent, was vor allem am inflationsbedingten Rückgang des privaten Konsums lag, dessen Wachstumsrate von 11,0 auf 6,3 Prozent zurückging. Auch hat sich der Einbruch von Rücküberweisungen usbekischer Arbeitsmigranten aus dem Ausland 2023 negativ auf die realen Einkommen der Haushalte ausgewirkt. Die gesamtwirtschaftlichen Umsätze im Zusammenhang mit Rücküberweisungen aus dem Ausland sind weiterhin höher als jene Umsätze, die durch Konsumausgaben von Privateinkommen aus beruflichen Tätigkeiten in der heimischen Industrie generiert werden.

Für das Jahr 2024 wird ein Rückgang des BIP-Wachstums auf 5,5 Prozent prognostiziert, da der Anstieg der subventionierten Energiepreise die real verfügbaren Haushaltseinkommen verringert und damit die Binnennachfrage drückt. Trotz der Anpassung von öffentlichen Gehältern und Pensionen zur Abfederung der Inflation, wird das Wachstum des privaten Konsums voraussichtlich auf 5,0 Prozent zurückgehen. Das industrielle Wachstum für das Jahr 2024 wird auf sechs Prozent geschätzt, während für den Dienstleistungssektor ein Rückgang des Wachstums auf 5,5 Prozent prognostiziert wird. Aufgrund der zunehmenden Wasserknappheit wird sich das Wachstum der Landwirtschaft schätzungsweise weiter, auf 3,5 Prozent, verlangsamen. Ungeachtet der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums sind umfangreiche Investitionen in das Gesundheitswesen, in die urbane Infrastruktur und den Ausbau von Industrieanlagen geplant. Daher werden die öffentlichen und privaten Investitionen 2024 voraussichtlich um acht Prozent zunehmen, wobei eine Zunahme der angezogenen FDI um zehn Prozent erwartet wird.

Die Inflation ist im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr von 11,4 Prozent auf 10,0 Prozent zurückgegangen. Im März 2023 senkte die Zentralbank ihren Leitzins um nur 100 Basispunkte bzw. einen Prozentpunkt auf

23,2 Prozent. Für Lebensmittel ging die Inflation zwar von 15,3 auf 12,1 Prozent zurück, nahm für Dienstleistungen jedoch von 7,0 auf 8,2 Prozent zu. Laut der aktuellen Prognosen wird die Inflation 2024 aufgrund des Anstiegs der subventionierten Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr bei 10,0 Prozent verharren. Vor diesem Hintergrund bleibt die Zentralbank hinsichtlich einer weiteren Lockerung der Zinssätze zurückhaltend, da der Bekämpfung der Inflation weiterhin Priorität eingeräumt wird, um Unternehmen die größtmögliche Sicherheit bei der Planung und Kalkulation in der nationalen Währung zu gewährleisten. Auch besteht angesichts einer möglichen Eskalation der aktuellen globalen Konflikte die Gefahr, dass sich die Inflation im Inland weiter verschärft, während sich gleichzeitig die externen finanziellen Bedingungen verschlechtern. Das würde nicht nur zu höheren Kosten für die externe Kreditaufnahme bei internationalen Finanzinstitutionen führen und die Umsetzung von kapitalintensiven Projekten verteuern, sondern auch die Eventualverbindlichkeiten von staatlichen Unternehmen und PPP erhöhen und das wiederum die fiskalische Tragfähigkeit des staatlichen Haushaltes und das Wirtschaftswachstum gefährden.

Die Steuereinnahmen stiegen von 29,7 Prozent des BIP im Jahr 2022 auf geschätzte 33,0 Prozent im Jahr 2023 und stabile Preise für den Export von Gold und Kupfer aus der Produktion staatlicher Unternehmen gewährleisteten stete Haushaltseinnahmen. Da die nationalen Ausgaben schneller als die staatlichen Einnahmen wuchsen, vergrößerte sich das Haushaltsdefizit jedoch von 3,9 Prozent des BIP im Jahr 2022 auf 5,5 Prozent des BIP im Jahr 2023. Die staatlichen Ausgaben stiegen dabei von 33,9 Prozent des BIP im Jahr 2022 auf geschätzte 38,5 Prozent des BIP im Jahr 2023. Diese Zunahme der staatlichen Ausgaben ist Resultat der Erhöhungen bei den Sozialausgaben, den öffentlichen Gehältern und den Renten, als auch den höheren Subventionen für staatliche Unternehmen.

Das gestiegene Haushaltsdefizit wurde über Auslandskredite finanziert, wodurch auch die staatliche Auslandsverschuldung von 36,4 Prozent des BIP auf 37,7 Prozent im Dezember 2023 anwuchs. Die aus dem Ressourcenexport resultierenden hohen Devisenreserven mildern die Risiken ab, die sich aus den in Fremdwährungen aufgenommenen Auslandsschulden ergeben. Die Devisenreserven bleiben weitgehend stabil: Sie sanken von 35,8 Milliarden US-Dollar Ende 2022 nur leicht auf 35,6 Mrd. US-Dollar im Jahr 2023. Für das Jahr 2024 wird aufgrund gewachsener Goldreserven ein Anstieg der Devisenreserven auf 36 Milliarden US-Dollar erwartet, was die Importe für elf Monate absichern würde.

Beobachter erwarten, dass die Regierung das Haushaltsdefizit 2024 wieder unter 4,0 Prozent drücken möchte und dafür die Energiesubventionen und die

Förderung für staatliche Unternehmen zurückfahren, zahlreiche Steuervergünstigungen abschaffen und eine Feinabstimmung der staatlichen Sozialleistungen für deren gezieltere Verteilung vornehmen wird. Allerdings machen die aktuellen Strukturreformen und die steigenden Sozialausgaben das anvisierte Ziel beim Haushaltsdefizit ebenso zur Herausforderung, wie die hohen Ausgaben für kapitalintensive Projekte und das Bildungs- und Gesundheitswesen. Um die Gesamtauslandsverschuldung unter 60 Prozent des BIP zu halten, hat die Regierung 2024 eine Obergrenze von fünf Milliarden US-Dollar für die Aufnahme von Auslandskrediten festgelegt, wobei die staatliche Auslandsverschuldung 2024 wohl weiterhin bei rund 37 Prozent liegen wird. Die Ratingagentur *Fitch* hat im Februar 2024 bekanntgegeben, dass Usbekistans langfristiges Emittentenausfallrating in Fremdwährung weiterhin mit BB mit stabilen Aussichten bewertet wird. Der entscheidende Faktor zur Bewahrung des Vertrauens von Investoren wird die Fähigkeit der Regierung sein, den Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit PPP-Projekten – deren Zahl und Größe in den Bereichen Energie und Infrastruktur erheblich zunehmen soll – langfristig nachzukommen.

Einer der wichtigsten Faktoren für die usbekische Wirtschaft bleibt Russland, wobei Usbekistans Handel mit Russland über 15 Prozent des gesamten usbekischen Außenhandels ausmacht. Russland ist weiterhin ein wichtiges Zielland für usbekische Arbeitsmigranten und ein wichtiger Absatzmarkt für usbekische Textilien und Agrarprodukte. 2023 nahmen die Importe aus Russland um 5,4 Prozent zu, während die usbekischen Exporte um 4,9 Prozent anstiegen. Die Wirtschaft Russlands hat sich den Sanktionen gegenüber bislang als widerstandsfähig erwiesen: Das russische BIP wächst um 3,6 Prozent und die Arbeitslosigkeit ging 2023 auf 2,9 Prozent zurück. Die Nachfrage in Russland nach Arbeitskräften aus Zentralasien bleibt zwar hoch, doch aufgrund der Rubel-Entwertung sind die Rücküberweisungen nach Usbekistan 2023 auf 17,7 Prozent des usbekischen BIP zurückgegangen, obwohl die Zahl usbekischer Arbeitsmigranten in Russland weiter anstieg. Der Rückgang der Rücküberweisungen hat maßgeblich zum Leistungsbilanzdefizit von 14,3 Prozent des BIP beigetragen. Zwar resultierten die hohen Goldpreise in einer Steigerung der Exporteinnahmen, aufgrund der Nachfrage der Industrie nach Kapitalgütern schnellten jedoch auch die Importe um 24 Prozent hoch. Für 2024 wird das Leistungsbilanzdefizit auf fünf Prozent des BIP geschätzt. Hierbei ist eine leichte Unschärfe der geschätzten Zahl zu berücksichtigen, da abnehmende Rücküberweisungen aus Russland zwar das Leistungsbilanzdefizit erhöhen, importierte Industriegüter jedoch als Rechnungsab-

grenzungsposten mit späterem Kapitalertrag betrachtet werden können.

Angesichts der relativen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland stellt die mögliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Russland ein Risiko für Usbekistans eigene wirtschaftliche Entwicklung dar. Allerdings nimmt Usbekistans relative wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland im Kontext der außenpolitischen Diversifizierung von Handels- und wirtschaftlichen Partnern ab. So hat 2023 China Russland als Usbekistans wichtigsten Handelspartner abgelöst, wobei der Handel mit China über 21 Prozent des gesamten usbekischen Außenhandelsvolumens ausmacht. Beide Länder streben eine erhebliche Steigerung des bilateralen Handelsvolumens von 14 Mrd. US-Dollar im Jahr 2023 auf 20 Milliarden US-Dollar für 2024 an. Erst im Januar 2024 haben die Präsidenten beider Länder eine »Neue Ära« in der bilateralen Zusammenarbeit verkündet und die Beziehungen auf das Niveau einer »All-Weather Comprehensive Strategic Partnership« gehoben. Darüber hinaus verstärkt Usbekistan massiv seine Beziehungen zu den Golfstaaten. Beim zweiten Außenministertreffen für den strategischen Dialog zwischen den zentralasiatischen Staaten und dem Golfkooperationsrat in Taschkent im April wurde der »Gemeinsame Aktionsplan für die Jahre 2023 bis 2027« bekräftigt, der einen massiven Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Transport und Energie vorsieht. Auch entwickelt Usbekistan vor dem Hintergrund des anvisierten aber weiterhin ausstehenden Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) aktuell eine nationale Exportstrategie. Auf der innerregionalen Ebene haben Usbekistan und Kasachstan im Juni 2024 ihre Absicht erklärt, alle Handelsbarrieren zwischen den beiden Ländern zu beseitigen und den bilateralen Handel über die nächsten Jahre auf über zehn Mrd. US-Dollar zu verdoppeln.

Die Rolle der internationalen und regionalen Kooperation für den steinigen Weg zum grünen Wandel

Die usbekische Regierung will, wie bereits erwähnt, nicht nur das BIP bis 2030 verdoppeln, sondern dies vor allem auf eine nachhaltige Weise und in Einklang mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Abkommen vollbringen. Dafür sollen gleichzeitig Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels hoch- und die Emissionsintensität des BIP runtergeschraubt werden. Im Rahmen des Pariser Abkommens will Usbekistan bis 2030 mindestens 40 Prozent des Stroms mithilfe erneuerbarer Energien produzieren und die Treibhausgasemissionen auf 30 Prozent pro BIP-Einheit reduzieren (gemessen am Ausgangswert von 2010). Bis 2050 soll das Land vollständig klima-

neutral sein. Zur Umsetzung dieser Ziele hat die Regierung bereits 2022 einen »Aktionsplan für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft« verabschiedet. Zwar werden durch den Einsatz erneuerbarer Energien bereits jetzt Fortschritte bei der Diversifizierung der Stromerzeugung gemacht, allerdings entfällt noch immer über 80 Prozent der verbrauchten Energie, entweder direkt oder mittelbar durch Stromerzeugung, auf Erdgas. Die Herausforderungen bei der Reform des Energiesektors werden durch die überwiegend veraltete Infrastruktur, das Andauern nicht nachhaltiger Subventionen und die beträchtlichen Schwankungen bei der Energienachfrage weiter verschärft. In den letzten Jahren war Usbekistan während der Wintermonate von massiven Stromengpässen betroffen, was die Einleitung von Reformen und die Erhöhung von Stromtarifen unabdingbar gemacht hat. Im Oktober 2023 wurden zuerst die Strompreise für Unternehmen und für Privathaushalte anschließend im Mai 2024 erhöht, was der Regierung auch eine teilweise Reduzierung der Subventionen ermöglicht hat. Laut Plan soll bis Ende 2024 eine einheitliche Plattform für den Stromhandel eingeführt werden und der Strommarkt bis 2026 vollständig liberalisiert sein.

Die Reduzierung der CO₂-Emissionen ist keine Frage im Vakuum, losgelöst von der Notwendigkeit, die Verbraucher heute und zu erschwinglichen Preisen mit Energie zu versorgen. Längst nicht alle bestehenden Instrumente für die Energiewende – erneuerbare Energien, »grüner« Wasserstoff, neue Atomkraftwerke, Modernisierung der Übertragungsnetze, Nachfragesteuerung – sind gleichermaßen verfügbar. Schließlich variieren die Ressourcengrundlage, die Kosten, der Einfluss politischer Entscheidungen und deren Implikationen für die jeweilige Anwendung dieser Instrumente von Land zu Land. Die Entscheidung, welche Energiequelle wann und wo zu fördern wäre, ist keine binäre; sie verlangt zahlreiche Kompromisslösungen und gelegentlich eine dezidierte Vermittlung an die Öffentlichkeit seitens der Politik. In Zentralasien ist dieser Sachverhalt besonders für die Frage nach der Nutzung von Atomkraft relevant. Im Mai dieses Jahres hat Präsident Mirsijojew schließlich den Bau eines Atomkraftwerks im Gebiet Dschissach angekündigt, das aus sechs Reaktoren mit jeweils 55 Megawatt (MW) Leistung bestehen soll. Die Ankündigung für die Vergabe des Auftrags an den russischen Atomkonzern *Rosatom* fiel mit dem Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Taschkent zusammen. Kasachstan war anscheinend nicht in diese Pläne eingeweiht und hat sich über die Ankündigung offen verwundert gezeigt; Usbekistan hatte das Projekt vorher nicht angekündigt, weshalb es mit Kasachstan auch keinen Austausch über die Implikationen für das geteilte Stromnetz der beiden Länder gab. Bereits 2018 hatten sich die usbekische Atombe-

hörde *UzAtom* und *Rosatom* auf den Bau von zwei Atomkraftwerken mit einer Leistung von jeweils 1.200 MW verständigt, wobei der Baubeginn bis heute verzögert ist.

Neben dem Ausbau der Atomkraft nimmt Usbekistans Abhängigkeit von Russland noch in einem anderen Energiebereich zu. Aufgrund erschöpfter Lagerstätten und veralteter Infrastruktur hat Usbekistan seit 2022 einen dramatischen Rückgang der einheimischen Gasproduktion erlebt. Um den immer schneller wachsenden Bedarf auf dem Binnenmarkt abdecken und gleichzeitig eigene Exportverpflichtungen gegenüber China weiterbedienen zu können, begann Usbekistan im Oktober 2023 mit dem Import von Erdgas aus Russland. Vereinbart wurde ein jährlicher Gasimport von 2,8 Milliarden m³ für eine Laufzeit von zwei Jahren (mit einer möglichen Erhöhung auf jährlich zehn Mrd. m³ bis 2030). Der russische Konzern Gazprom hat nach dem russischen Überfall auf die Ukraine einen erheblichen Teil seines zuvor wichtigsten Absatzmarktes in Europa verloren und sucht seither nach neuen Absatzmärkten für die überschüssige Produktionskapazität von jährlich 150 Mrd. m³. Zentralasien ist in diesem Zusammenhang nicht nur eine Alternative als Absatzmarkt für russisches Erdgas, sondern auch als Transitregion für die Durchleitung nach China oder die Erschließung neuer Absatzmärkte in Südasiens. Vor allem letzterer Punkt könnte für Russland noch von zentraler Bedeutung werden, nachdem mit China erhebliche Unstimmigkeiten hinsichtlich der geplanten Pipeline »Kraft Sibiriens 2« aufgetreten sind, wobei Beijing auf niedrigeren Preisen und Moskau auf einer höheren garantierten Abnahmemenge beharrt. Währenddessen hat Russland im Juni 2023 das erste Mal per Tanklastzug Flüssiggas über Usbekistan und Afghanistan nach Pakistan exportiert.

Wie erwähnt wird in Usbekistan 80 Prozent der Gesamtnachfrage nach Energie und Strom durch Erdgas abgedeckt. Die weitreichende Abhängigkeit von Erdgas geht mit einem erheblichen Risiko für die weitere Dekarbonisierung des Landes einher. Um das erklärte Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, muss der Gasverbrauch um mindestens 40 Prozent reduziert werden. Eine Verringerung der Gasimporte auf ein Minimum würde auch Usbekistans strategische Autonomie erheblich stärken. Die dafür notwendige Dekarbonisierung hängt allerdings nicht nur von Erdgas, sondern auch von anderen grenzüberschreitenden Energieflüssen ab. In diesem Zusammenhang ist die Kooperation bei grenzüberschreitenden Stromlieferungen und der Entwicklung eines flexiblen regionalen Strommarktes unerlässlich – wie die suboptimale Kommunikation bei der Planung des Atomkraftwerkes in Dschissach illustriert. Gute Beispiele für eine bereits funktionierende Zusammenarbeit in diesem Bereich sind der Wiederanschluss

von Tadschikistan an das einheitliche regionale Stromnetz und das von Kirgistan, Kasachstan und Usbekistan gemeinsam finanzierte Wasserkraftwerk Kambar-Ata 1 am Fluss Naryn in Kirgistan. Eine optimale gemeinsame Nutzung der regionalen Ressourcen würde Stromengpässe der Vergangenheit überantworten und die Energiesicherheit von Usbekistan und seinen zentralasiatischen Nachbarn massiv erhöhen.

Vor diesem Hintergrund muss jedoch auch die Bedeutung der schwindenden Wasserressourcen berücksichtigt werden. Die drohende Wasserkrise in Zentralasien stellt eine erhebliche Gefahr für die regionale Sicherheit dar und schon jetzt bergen einseitige Entscheidungen einzelner Länder hohes Konfliktpotenzial. Ein markantes Beispiel hierfür ist der aktuell von den Taliban gebaute Kusch-Tepa-Kanal in Nordafghanistan, der bis zu 20 Prozent des Wasservolumens vom Amu-Darja abzweigen könnte und damit die Landwirtschaft von Usbekistan und Turkmenistan gefährdet. Laut der Weltbank könnten die regionalen Ernteerträge bei weiterer Untätigkeit angesichts der Wasserknappheit bis 2050 um 30 Prozent zurückgehen und dadurch allein in Zentralasien 5,1 Mio. Menschen zu Klimaflüchtlingen machen. Wenn nicht sofort Investitionen in die Verbesserung des Managements von Wasserressourcen getätigt werden, könnte das Wasserdefizit in Usbekistan bis 2030 auf sieben Milliarden m³ steigen. Allein zur Modernisierung des Bewässerungssystems sind bis 2030 Investitionen im Wert von 8,7 Milliarden US-Dollar notwendig. Die Wasserknappheit hat die usbekische Regierung auch zu einer Reform der Gebühren veranlasst und diese für Trinkwasser und Abwasser 2023 um das Dreieinhalbfache angehoben. Im Januar 2024 hat Mirsijojew schließlich ein Dekret über die Verbesserung von Wassersystemen erlassen, wobei zur Beschaffung von wassersparenden Technologien für den Bau von neuer bzw. die Modernisierung von bestehender Wasserinfrastruktur Kreditlinien und Subventionen bereitgestellt werden sollen.

Fazit

Die für das usbekische Energiesystem notwendigen Investitionen werden auf über 200 Milliarden US-Dollar geschätzt, wenn das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden soll. Angesichts begrenzter staatlicher Mittel wird der private Sektor in Zukunft die Hauptlast der Finanzierung des grünen Wandels tragen müssen. Dafür sind die weitere Förderung des privaten Sektors und die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas von entscheidender Bedeutung. Insbesondere die geplante flächendeckende Dekarbonisierung und die Anpassung an den Klimawandel bieten eine Chance, als Katalysator für Wirtschaftsreformen zu wirken.

Die Regierung hat ihre Absicht betont, durch weitere Strukturreformen, insbesondere bei staatlichen Unter-

nehmen, die Anziehung von FDI zu fördern. Die Reform der staatlichen Unternehmen ist notwendig, um die Privatisierung voranzutreiben und mehr Transparenz in Bezug auf CO₂-Emissionen zu schaffen. Zudem ist es wichtig, ein Inventar der Subventionen für fossile Brennstoffe zu erstellen, um die Energiepreise anzupassen und dabei Anreize für grüne Investitionen zu schaffen. Diese Preisadjustierungen müssen jedoch schrittweise erfolgen, um die Modernisierung der Versorger finanzieren zu können und gleichzeitig soziale Spannungen zu vermeiden.

Ein umfassendes Reformpaket ist unerlässlich, um das Wirtschaftswachstum und den Übergang zur Klimaneutralität zu fördern. Dazu gehören Maßnahmen wie die Stärkung des Wettbewerbs durch transparentere Ausschreibungen, der Abbau von umweltschädlichen Subventionen und die Förderung des Handels, unter anderem durch einen möglichen Beitritt zur WTO. Eine berechenbare und mittelfristig ausgerichtete Politik ist essenziell, um das Vertrauen von Investoren zu gewinnen, ebenso wie die Schaffung eines wirksam regulierten Finanzrahmens und eines nachhaltigen Marktes für grüne Investitionen.

Über den Autor

Louis Skyner (PhD) ist Partner in der europäischen Energiepraxis der Anwaltskanzlei Dentons mit einem regionalen Schwerpunkt auf der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Er berät Entwicklungsbanken und Regierungen bei der Umsetzung und Finanzierung von Energie- und Infrastrukturprojekten im Rahmen von Konzessionsvereinbarungen und öffentlich-privaten Partnerschaften, sowie bei der Entflechtung und Entwicklung wettbewerbsfähiger Strommärkte. Seit acht Jahren ist Louis Skyner hauptsächlich in Usbekistan tätig, wo er die Regierung, die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung u. a. bei der Etablierung eines staatlichen Investmentfonds, der Liberalisierung des Gasmarktes und der öffentlichen Ausschreibung für Windkraftprojekte beraten hat. Louis Skyner ist Vorsitzender der Europe-Uzbekistan Association for Economic Cooperation (EUROUZ), die er 2021 mitgegründet hat.

Um die Kosten der Modernisierung auszugleichen und gleichzeitig eine Nachfrage nach dem grünen Wandel zu schaffen, ist eine weitere Erhöhung der Energiepreise unerlässlich. Dies sollte allerdings nicht zu einer weiteren Belastung von ärmeren Teilen der Bevölkerung führen. Daher sind Schutzmaßnahmen für einkommensschwache Haushalte ebenso wichtig wie die Förderung von Bildungsinitiativen und technischen Fähigkeiten, um die Menschen für die grüne Wirtschaft fit zu machen.

Zu guter Letzt spielt die regionale Zusammenarbeit im Energiebereich eine zentrale Rolle für den Erfolg des grünen Wandels. Die Schaffung grenzüberschreitender Plattformen für den Stromhandel und zur gemeinsamen Koordinierung der verfügbaren Wasserressourcen könnte den Ausbau erneuerbarer Energien begünstigen und dabei auf nachhaltige Weise zur Energiesicherheit in der Region beitragen. Dies würde nicht nur Stromengpässe beenden, sondern auch das regionale Wirtschaftswachstum ankurbeln und damit den Weg für die Entwicklung einer nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschaft in ganz Zentralasien ebnen.

Im Griff des Drachen? Usbekistans technologische Abhängigkeit von China als strategische Herausforderung für den grünen Wandel

Hamza Boltaev und Alexander Schrier (beide University of World Economy and Diplomacy (UWED), Taschkent)

DOI: 10.31205/ZA.165.02

Zusammenfassung

Die usbekische Regierung strebt bis 2050 vollständige Klimaneutralität an und setzt dafür aktuell eine Reihe von ehrgeizigen Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien um. Während Taschkent für geplante Solar- und Windkraftprojekte eine Vielzahl internationaler Investoren gewinnen konnte, stammen die technologischen Komponenten zur Umsetzung der Projekte überwiegend aus China. Im Bereich der Elektrofahrzeuge genießt China schon heute fast eine Monopolstellung im Land. Der Beitrag beleuchtet die strategischen Implikationen der technologischen Abhängigkeit von China für den grünen Wandel in Usbekistan. Eine weitere Vertiefung dieser Abhängigkeit könnte die wirtschaftliche Autonomie des Landes gefährden und den Erfolg der Transformation des Energiesektors übermäßig an externe Akteure und Faktoren koppeln.

Einleitung

In ihrem Artikel »New Conceptual Approaches in Understanding the 'Green' State Model: Central Asian Case« argumentieren die Autoren Botirjon Muhammadibrohimov und Gulnora Raimova, dass »eine grüne Wirtschaft Usbekistan vielfältige Vorteile bringen kann, etwa eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, eine Diversifizierung der Energiequellen, eine Verbesserung der Umweltqualität und nicht zuletzt eine ausbalancierte und inklusive Entwicklung« (Muhammadibrohimov, Raimova 2024, S. 132). Der vorliegende Beitrag argumentiert, dass mit Hinsicht auf den letzten Punkt tatsächlich das Gegenteil zutreffen kann und Usbekistan aktuell Gefahr läuft, im Kontext des grünen Wandels in eine einseitige technologische Abhängigkeit von China zu geraten. Vor dem Hintergrund der von der Regierung erklärten Ziele, bis 2030 jährlich 30 Gigawatt Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen und bis 2050 vollständige Klimaneutralität zu erreichen,¹ befindet sich Usbekistan in einer rasanten Transformation seiner wirtschaftlichen Basis, um die CO₂-Emissionen in den nächsten 25 Jahren auf null zu senken. Die dafür benötigten Technologien müssen aktuell teuer importiert werden, wobei die Volksrepublik China, als neuer Weltmarktführer im Bereich der grünen Technologien, schon jetzt der wichtigste Beschaffungsmarkt für die technologischen Mittel des grünen Wandels in Usbekistan ist.

Am 25. Januar 2022 erlebten Millionen Menschen in Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan einen umfassenden Stromausfall, nachdem eine für das gemeinsame Netz wichtige Hauptstromleitung in Kasachstan unterbrochen wurde.² Für Usbekistan war dies ein weite-

rer Weckruf für die Notwendigkeit zum Aufbau einer modernen und von Drittstaaten unabhängigen Energieinfrastruktur. Ein usbekischer Regierungsvertreter, der anonym bleiben möchte, betonte im Gespräch mit den Autoren die Bedeutung der Energiesouveränität für die Frage der nationalen Sicherheit. Laut dem Beamten entwickelt die usbekische Regierung aktuell eine nationale Strategie, um die Energiesicherheit zukünftig zu gewährleisten. Die Strategie soll demnach folgende Maßnahmen umfassen: die Diversifizierung von Energieträgern zur Verringerung der weiterhin starken Abhängigkeit von Erdgas; eine Verbesserung der Energieeffizienz, u. a. durch die Modernisierung von Übertragungsleitungen; den Aufbau einer Reserve von fossilen Energieträgern; mehr Investitionen in die Forschung zu und Entwicklung von grünen Energietechnologien; eine Stärkung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit in Energiefragen; sowie die Förderung der multilateralen und synergetischen Energieintegration in Zentralasien. Diese Äußerungen unterstreichen, dass die Frage der nationalen Energiesouveränität für die usbekische Regierung von hoher Priorität ist und dabei gleichzeitig im gesamtregionalen Kontext gedacht wird.

Neben den entsprechenden Technologien werden für den grünen Wandel umfangreiche Investitionen benötigt. Die usbekische Regierung versucht vor allem Akteure, die eigene wirtschaftliche Interessen in Zentralasien verfolgen, als Investoren zu gewinnen, u. a. die Europäische Union, Katar, Saudi-Arabien, Südkorea und China. Dabei ist Saudi-Arabien mittlerweile der wichtigste Investor im usbekischen Energiesektor. U. a. stellt Riad vier Milliarden US-Dollar für die Entwicklung von urbaner Infrastruktur und den Bau eines

1 <https://www.enerdata.net/publications/daily-energy-news/uzbekistan-pledges-reach-carbon-neutrality-2050.html>

2 <https://www.aljazeera.com/news/2022/1/25/millions-left-without-power-after-huge-blackout-hits-central-asia>

Datenzentrums für grüne Technologien bereit. Für den Bau eines Windenergieparks und die Modernisierung von Systemen der Wärmeversorgung werden weitere 6,2 Milliarden bzw. 750 Millionen US-Dollar bereitgestellt.³ Daneben ist Deutschland ein wichtiger Investor, der zuletzt rund fünf Milliarden Euro für über 60 Projekte in den Bereichen grüne Energie, Transportinfrastruktur, Wasserversorgung, Landwirtschaft sowie industrielle Entwicklung bereitgestellt hat.⁴

Während Usbekistan erfolgreich die eigenen Investitionsquellen zur Förderung des grünen Wandels diversifiziert, stammt der Großteil der Technologien zur Umsetzung dieser Projekte aus China. Drei Bereiche, in denen sich bereits jetzt eine starke technologische Abhängigkeit von China abzeichnet, sind die Solarstromerzeugung, die Stromgewinnung aus Windenergie und *New Energy Vehicle*. Im Folgenden wird die usbekische Abhängigkeit von chinesischen Technologien in diesen drei Bereichen aufgezeigt und die damit verbundenen Implikationen für die angestrebte Energiesicherheit Usbekistans beleuchtet. Zum Schluss werden zwei mögliche Szenarien skizziert, die sich aus den beiden Optionen ergeben, den Status Quo der technologischen Abhängigkeit von China beizubehalten, oder den Bezug grüner Technologien aus China zu begrenzen.

Chinas technologische Dominanz in drei zentralen Sektoren des grünen Wandels

In Usbekistan gibt es drei für den grünen Wandel zentrale Sektoren: Solarstrom, Windenergie und *New Energy Vehicle*. Die drei Sektoren sind exemplarisch für die aktuelle Herausforderung, genügend Kapital und Technologien zu akquirieren, um geplante Projekte umsetzen zu können, und gleichzeitig deren Bezugsquellen zu diversifizieren, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Die ersten beiden Sektoren folgen dem Muster, dass die Regierung zwar verschiedene Investoren gewinnen konnte, die technologischen Komponenten jedoch fast ausschließlich aus China stammen. Der Sektor der *New Energy Vehicle* wird hingegen vollständig von China dominiert, da hierfür sowohl die Investitionen, als auch die technologischen Komponenten

für Elektrofahrzeuge der neuesten Generation fast ausschließlich aus der Volksrepublik stammen.

Solarstrom

Im Rahmen der aktuellen Transformationsziele räumt die usbekische Regierung dem Ausbau von Solarkraft hohe strategische Priorität ein. 2019 ist Usbekistan dem »Scaling Solar«-Programm der Weltbank beigetreten, das u. a. die umfangreiche Mobilisierung von Kapital für die Schaffung nachhaltiger Solarstrommärkte in den teilnehmenden Ländern zum Ziel hat.⁵ 2021 wurde das Nur-Navoi-Solarprojekt im Gebiet Nawoi mit einer Leistung von 100 Megawatt (MW) abgeschlossen, das Strom für 31.000 Haushalte liefern und jährlich Emissionen von 150.000 Tonnen CO₂ einsparen soll.⁶ Ein weiteres großes Vorhaben, das sich derzeit im Bau befindet, ist »Scaling Solar 2«, das nach Fertigstellung mit zwei 220-MW-Parks die Regionen Dschissach und Samarkand mit Strom versorgen soll. Die Solarprojekte in Nawoi und Dschissach werden gemeinsam von der Weltbank und dem emiratischen Energieunternehmen Masdar finanziert.⁷

Bei genauerer Betrachtung der Projekte stellt sich heraus, dass der Hauptzulieferer der genutzten Solarmodule seine Komponenten aus China bezieht. Für das Projekt in Nawoi kann die Lieferung der für den Bau der Anlage genutzten Komponenten von der Verladung auf die Schiene in Xi'an in China, über den Transit durch Kasachstan, bis zur Ankunft in Usbekistan nachvollzogen werden.⁸ Für das Projekt in Dschissach hat der chinesische Hersteller Trina Solar Solartracker geliefert, mit denen sich die Solarmodule automatisch nach dem Stand der Sonne ausrichten.⁹ Während es sich bei den Vorhaben also um multilaterale Projekte mit der Beteiligung zahlreicher Akteure handelt, stammt die genutzte Technologie für die Module überwiegend aus China.

China kontrolliert aktuell 80 Prozent der globalen Lieferketten für Solarmodule.¹⁰ Für Usbekistan stellt sich damit die wichtige Frage, wie sich das Land vor einer übermäßigen Abhängigkeit von einem einzigen Hauptanbieter für Solarmodule schützen kann. Zwar steht der Rest der Welt vor dem gleichen Problem, doch strebt Usbekistans Außenpolitik traditionell nach einer mul-

3 <https://www.intellinews.com/saudi-arabia-tops-energy-investments-in-uzbekistan-324220/>

4 <https://www.gazeta.uz/en/2023/05/05/business/>

5 <https://www.scalingsolar.org/>

6 <https://masdar.ae/en/renewables/our-projects/100-mw-nur-navoi-solar-project>

7 <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2023/03/07/new-solar-power-plants-to-be-launched-in-uzbekistan-with-world-bank-support-helping-expand-access-to-clean-energy>

8 <https://documents1.worldbank.org/curated/en/399191597901404025/text/100-MW-Solar-PV-Plant-by-Navoi-in-Uzbekistan-Non-Technical-Summary.txt>

9 <https://daryo.uz/en/2024/03/15/masdar-powers-uzbekistan-first-units-of-511-mw-solar-duo-connect-to-grid#:~:text=connect%20to%20grid-,Masdar%20powers%20Uzbekistan%3A%20first%20units%20of%20511%20DMW%20solar%20duo,local%20grid%2C%20Renewables%20Now%20reported.>

10 <https://oilprice.com/Alternative-Energy/Solar-Energy/China-Controls-80-of-Worlds-Solar-Panel-Supply-Chain.html>

tivektoralen Balance zwischen den Einflüssen externer Großmächte – sei es in Fragen der Sicherheit, Wirtschaft oder Technologie. Der aktuelle Entwicklungsverlauf der usbekischen Solarindustrie läuft dieser Außenpolitik klar zuwider. Dabei vertieft sich die einseitige technologische Abhängigkeit von China weiter, je mehr Solarkraftanlagen Usbekistan baut.

Windkraft

Im Dezember 2023 wurde im Gebiet Nawoi der erste Windpark Usbekistans in Betrieb genommen.¹¹ Die Anlage mit einer vorläufigen Kapazität zur Stromerzeugung von 100 MW soll 155.000 Haushalte mit Strom versorgen. Die Kapazität soll zukünftig 500 MW erreichen. Bereits bis Ende 2025 soll die Kapazität der Anlage um weitere 200 MW gesteigert werden. Während Masdar das Projekt finanziert, stellt das chinesische Unternehmen Goldwind die Technologie bereit und ist auch für die Installation der Turbinen verantwortlich, wobei 2023 bereits 34 Windturbinen errichtet wurden und weitere 111 geplant sind.

Eine andere geplante Windkraftanlage in der Nähe der Stadt Nukus (Republik Karakalpakstan) soll jährlich 200 MW Strom für 120.000 Haushalte erzeugen. Das Projekt wird von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) finanziert, einer Tochter der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Auch haben die DEG und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) der saudischen ACWA Power insgesamt 90 Mio. US-Dollar für ein Pilotprojekt zur Herstellung von grünem Wasserstoff in Usbekistan bereitgestellt.¹² Die Anlage soll neben einem Elektrolyseur aus einer Windkraftanlage mit einer Kapazität von 52 MW bestehen. Zwei weitere Windkraftparks mit einer jeweiligen Kapazität von 500 MW sollen Ende 2024 in Buchara in Betrieb gehen.¹³

Usbekische Regierungsvertreter gaben im Gespräch mit den Autoren an, dass die Technologie zur Umsetzung von Windkraftprojekten fast ausschließlich aus China stammt. Zum einen sind chinesische Windturbinen rund 20 Prozent günstiger als vergleichbare Modelle

aus der Europäischen Union oder den Vereinigten Staaten.¹⁴ Auch stellt China Windturbinen her, die besser für die geographischen Bedingungen im Land geeignet sind; während China den Entwicklungsschwerpunkt auf Onshore-Anlagen legt, verschieben westliche Hersteller ihren Fokus immer mehr auf Offshore-Anlagen. Als »Double Landlocked Country« mit weiten Ebenen liegt für Usbekistan daher die chinesische Option nahe. Außerdem bieten chinesische Unternehmen und Finanzinstitute günstigere Bedingungen zur Finanzierung von Investitionen in usbekische Windkraftprojekte.

Schließlich zeigt sich im Windkraftsektor ein ähnliches Muster wie bei der Solarkraft. Während multilaterale Projekte ein vielfältiges Portfolio von Investoren aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Deutschland und Saudi-Arabien aufweisen, werden die technischen Mittel fast ausschließlich von China bezogen. Neben dem Kostenfaktor spielen hierbei sowohl die naturräumlichen Gegebenheiten als auch die geographische Nähe Usbekistans zu China eine Rolle.

New Energy Vehicle

Im Unterschied zu den Bereichen Solar- und Windkraft dominiert China bei den sog. »neuen Energiefahrzeugen« (*New Energy Vehicle*) sowohl die Investitionen, als auch den usbekischen Markt als solchen. Im Jahr 2022 hat Usbekistan Elektrofahrzeuge im Wert von fast 70 Millionen US-Dollar importiert, davon zu 92 Prozent aus China.¹⁵ Im selben Jahr haben sich Präsident Schawkat Mirsijojew und der Präsident des chinesischen Elektrofahrzeugherstellers BYD, Wang Chuanfu, auf den Bau eines BYD-Werkes mit einer jährlichen Fertigungskapazität von 50.000 Fahrzeugen in Dschissach geeinigt. Das Werk hat im Juni 2024 den Betrieb aufgenommen.¹⁶ Damit endet auch das langjährige Monopol von General Motors in der usbekischen Autoindustrie.¹⁷ Ebenfalls hat der chinesische Bushersteller Yutong 2023 300 Elektrobusse nach Usbekistan exportiert und sich damit auf Anhieb eine zentrale Marktposition im Land gesichert.¹⁸

China kontrolliert bereits 60 Prozent des globalen Marktes für Elektrofahrzeuge¹⁹ und 75 Prozent der

11 <https://daryo.uz/en/2024/02/16/uzbekistans-first-wind-power-plant-powers-155908-households#:~:text=The%20first%20wind%20power%20plant,step%20towards%20a%20sustainable%20future.>

12 https://www.deginvest.de/Newsroom/News/News-Details_803968-2.html; <https://interfax.com/newsroom/top-stories/105497/>

13 <https://www.evwind.es/2024/02/14/73-wind-turbines-installed-in-bukhara-uzbekistan/96667>

14 <https://about.bnef.com/blog/chinas-goldwind-retains-turbine-supplier-lead-as-global-wind-additions-hit-new-high-according-to-bloombergnef/>

15 <https://daryo.uz/en/2023/12/30/byd>

16 <https://globalvoices.org/2024/09/11/chinese-electric-car-production-kicks-off-in-uzbekistan/>

17 Vgl. <https://eurasianet.org/uzbekistan-gm-monopoly-fails-to-satisfy-demand>

18 <https://www.uzdaily.uz/en/post/79708/>

19 <https://www.reuters.com/business/autos-transportation/global-ev-sales-up-13-june-down-7-europe-rho-motion-says-2024-07-11/#:~:text=China%20accounted%20for%20over%2060,manager%20Charles%20Lester%20told%20Reuters.>

weltweiten Batterieproduktion.²⁰ Mit der wachsenden Dominanz Chinas nehmen auch die Importalternativen im Batteriebereich für Usbekistan ab. So hat sich das chinesische Unternehmen Henan Suda einen Auftrag zur flächendeckenden Installation von 50.000 Ladestationen für Elektrofahrzeuge bis 2033 in Usbekistan gesichert.²¹ Diese Dominanz bei der Bereitstellung von Ladestationen korreliert mit Chinas nahezu monopolartiger Stellung im Elektrofahrzeugmarkt, da nur chinesische Ladestecker mit ihren Fahrzeugen kompatibel sind. Dadurch fördert China nicht nur eine vertikale Integration des usbekischen Marktes in die eigene Elektrofahrzeugproduktion, sondern auch eine horizontale Integration in die Batterieherstellung. In diesem Kontext nimmt die ohnehin geringe Wettbewerbsfähigkeit nicht-chinesischer Konkurrenten auf dem usbekischen Markt weiter ab. So ist Tesla für China in Usbekistan nur ein theoretischer Konkurrent, da der Konzern selbst auf chinesische Komponenten angewiesen ist und seine Fahrzeuge aufgrund der weiterhin hohen Preise nicht wettbewerbsfähig sind.

Chinas technologische Dominanz als Dilemma? Zwei mögliche Szenarien

Die aufgezeigte Abhängigkeit von chinesischen Technologien wirft Fragen für den weiteren grünen Wandel in Usbekistan auf. Im Folgenden werden zwei mögliche Szenarien skizziert, welche die usbekische Regierung in dieser Situation verfolgen könnte, wobei vor allem die jeweiligen Konsequenzen näher beleuchtet werden. Im ersten Szenario bleibt Usbekistan dem Status quo treu und setzt die enge Zusammenarbeit mit China fort, was die technologische Abhängigkeit verfestigt und die Möglichkeiten zur Diversifizierung weiter verringert. Im zweiten Szenario wird der Anteil ausländischer Technologien bei öffentlichen Ausschreibungen auf 30 Prozent begrenzt, um die inländische Entwicklung und Produktion kritischer Komponenten anzukurbeln.

Szenario 1: Fortführung des Status quo

Wenn Usbekistan weiterhin überwiegend auf chinesische Technologien setzt, könnte das Land kurzfristig von günstigen und leicht verfügbaren Lösungen profitieren. Langfristig könnten jedoch ähnliche Probleme wie im Januar 2022 auftreten, als die übermäßige Abhängigkeit von externer Energieinfrastruktur zu schweren Stromengpässen führte. In einer solchen Situation wäre Usbekistan auf die Bereitschaft Chinas angewiesen, schnell die aktuellsten und mit der bestehenden Infrastruktur kompatiblen Komponenten für Ersatz und Reparatur bereitzustellen.

Ein anderes Beispiel für die Frage der Kompatibilität sind Chinas Steckerstandards beim Laden von Elektrofahrzeugen, die nicht mit den Technologien anderer Anbieter wie Tesla kompatibel sind. Diese technologische Monopolstellung Chinas würde Usbekistan nicht nur in Preis- und Modernisierungsfragen abhängig machen, sondern auch hinsichtlich der Stabilität des chinesischen Marktes. Sollte die Stabilität der chinesischen Wirtschaft durch Handelskriege, demographische Probleme oder geopolitische Spannungen, etwa im südchinesischen Meer oder um Taiwan, gefährdet sein, könnte dies den Erhalt und die Wartung der grünen Infrastruktur in Usbekistan ernsthaft beeinträchtigen.

Schließlich könnte Beijing die technologische Abhängigkeit langfristig als politisches Druckmittel einsetzen, um Taschkents Unterstützung in internationalen Streitfragen zu erzwingen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Taiwan und dem südchinesischen Meer. Dieses Risiko verdeutlicht, dass die Diversifizierung von Beschaffungsquellen für grüne Technologien als integraler Bestandteil der multivektoralen Außenpolitik Usbekistans gedacht werden muss.

Szenario 2: Limitierung des Imports von ausländischen Komponenten

Angesichts der Risiken, die mit einer übermäßigen Abhängigkeit von chinesischen Technologien einhergehen, könnte die usbekische Regierung ihre Lieferanten diversifizieren und gleichzeitig die Einfuhr von ausländischen Komponenten durch Quoten limitieren. Eine Möglichkeit wäre, den Anteil ausländischer Komponenten bei bestimmten Technologien auf 30 Prozent zu beschränken. Solche Einfuhrbeschränkungen könnten die inländische Entwicklung und Produktion kritischer Komponenten für die Nutzung erneuerbarer Energien ankurbeln, doch in jedem Fall würden sie verhindern, dass einzelne Länder, insbesondere China, mit Hinblick auf bestimmte Technologien den usbekischen Markt dominieren können.

Kurzfristig könnte eine solche Politik die Beziehungen zu China belasten, da sie der wirtschaftlichen Öffnungspolitik von Präsident Mirsijojew zuwiderläuft. China ist mit 21,5 Prozent des usbekischen Handelsvolumens der wichtigste Handelspartner des Landes. Eine Begrenzung ausländischer Komponenten würde in Beijing sicherlich auf Widerstand stoßen und Gegenmaßnahmen provozieren, um Usbekistan wieder zum Einlenken zu bewegen.

Zudem könnte eine solche Limitierung zur Steigerung von Kosten bei der Umsetzung von grünen Indus-

20 <https://www.trendforce.com/news/2024/04/17/insights-chinas-position-in-ev-battery-market-to-be-shaken-as-the-mass-production-race-of-all-solid-state-battery-industry-speeds-up/>

21 <https://kun.uz/en/news/2023/12/20/henan-suda-plans-mass-installation-of-ev-charging-stations-in-uzbekistan>

trieprojekten führen, was das Erreichen der CO₂-Neutralität bis 2050 erschweren würde. Ein großer Vorteil im aktuellen Handel mit China sind die vergleichsweise niedrigen Preise für hochwertige klimaneutrale Technologien.

Langfristig könnte Usbekistan jedoch erheblich von einer Verringerung der technologischen Abhängigkeit von China profitieren. Da auch andere Länder grüne Technologien entwickeln, könnte so ein ausgewogener Wettbewerb gefördert werden, der Usbekistan den Zugang zu preisgünstigen und qualitativ gleichwertigen Alternativen erleichtert. Dies würde nicht nur die wirtschaftliche Autonomie des Landes stärken, sondern auch die technologische Basis der Stromerzeugung diversifizieren und damit langfristig zur Energiesicherheit beitragen. Ob solche Maßnahmen zur Diversifizierung tatsächlich umgesetzt werden, hängt letztlich davon ab, wie gut kurzfristige Kosten gegen langfristige Vorteile abgewogen werden.

Fazit

Im Bereich grüner Technologien folgt Usbekistan dem globalen Trend einer wachsenden Abhängigkeit von China. Taschkent konnte zwar die Investitionsquellen für Solar- und Windkraftprojekte diversifizieren, doch bleibt China der Hauptanbieter der wichtigsten benötigten Technologien. Im Bereich der Elektrofahrzeuge genießt China bereits heute beinahe eine Monopolstellung. In dieser Situation hat Taschkent zwei Optionen:

Über die Autoren

Hamza Boltaev ist Direktor des Center for Afghanistan and South Asian Studies des Institute for Advanced International Studies (IAIS) der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie (UWED) in Taschkent.

Alexander Schrier studiert Internationale Beziehungen an der University of Pennsylvania und ist aktuell Visiting Reseach Fellow am Institute for Advanced International Studies (IAIS) der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie (UWED) in Taschkent.

Lesetipps

- Muhammadibrohimov, Botirjon; Gulnora Raimova. 2024. New Conceptual Approaches in Understanding the “Green” State Model: Central Asian Case. *Journal of International Affairs: Politics, Economics, Law*. 3-4 (105,106): 131–148. <https://api.uwed.uz/uploads/journal/LbQguhCsuddqAiIHxM2HzAc04m5iu516ub8WSOf1.pdf>

Entweder das Land behält seine bestehende Abhängigkeit von chinesischen Technologien bei, oder es implementiert Quoten, um die Einfuhr ausländischer Komponenten zu begrenzen. Während der Status quo kurzfristige Vorteile verspricht, bietet der diversifizierende Ansatz langfristig mehr Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung – auch wenn die kurzfristigen Kosten wahrscheinlich beträchtlich wären.

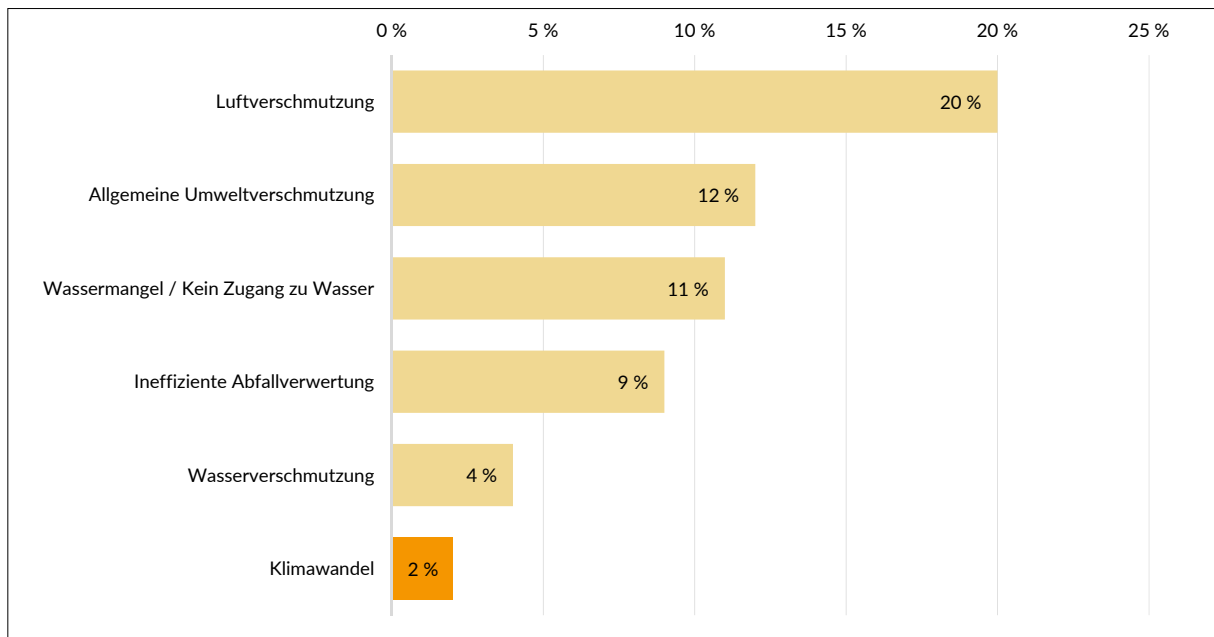
Beide Szenarien vergegenwärtigen das aktuelle Dilemma, für das es keine einfache Lösung gibt. Eine strategische Offenheit für notwendige Kompromisse könnte der usbekischen Regierung jedoch einen Mittelweg ebnen. Dieser könnte darin bestehen, weiter die wirtschaftliche Integration in Zentralasien zu fördern und dabei eine industrielle Basis für die regionale Entwicklung und Produktion heimischer Komponenten mit gemeinsamen Standards für grüne Technologien zu schaffen. Ein regionaler Markt für grüne Technologien mit eigener politischer Ökonomie könnte auch die notwendigen Informationen dafür liefern, wie Quoten für die Einfuhr ausländischer Komponenten am besten anzupassen sind. Schließlich hängt die Zukunft des grünen Wandels in der gesamten Region davon ab, dass Zentralasien nicht nur Absatzmarkt für externe Handelsinteressen bleibt, sondern sich innerhalb globaler Lieferketten als eigener wirtschaftlicher Akteur konstituiert.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

UMFRAGEN

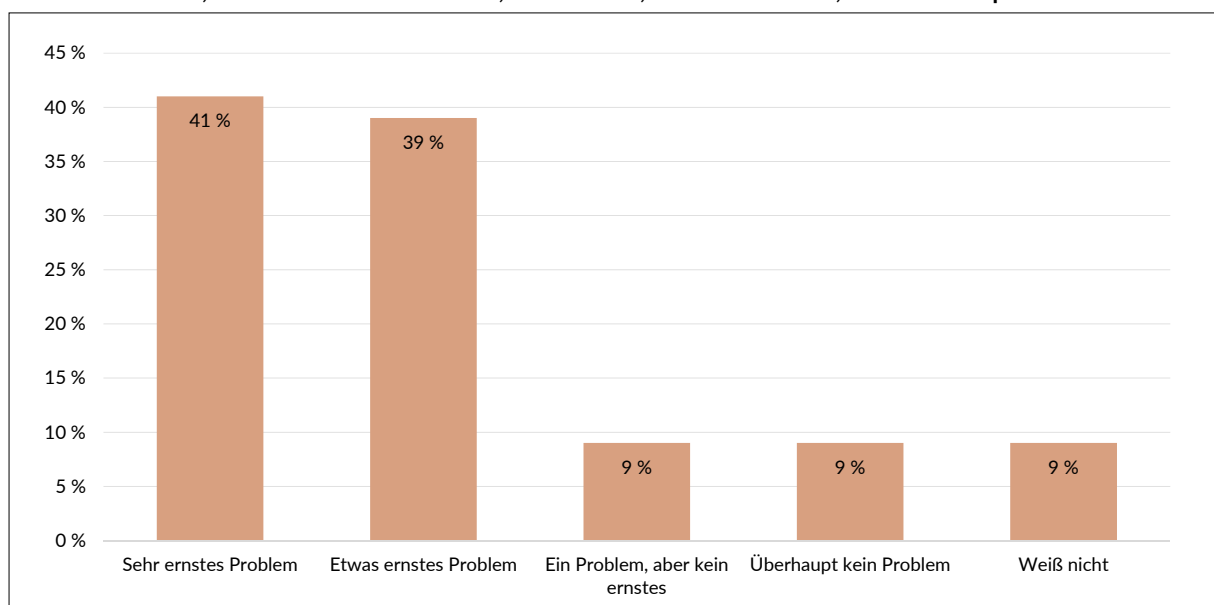
Ansichten zum Klimawandel in Usbekistan

Grafik 1: Wichtigste Umweltanliegen der Befragten in Usbekistan
 »Welches Umweltproblem in unserem Land beunruhigt Sie am meisten, wenn überhaupt?«



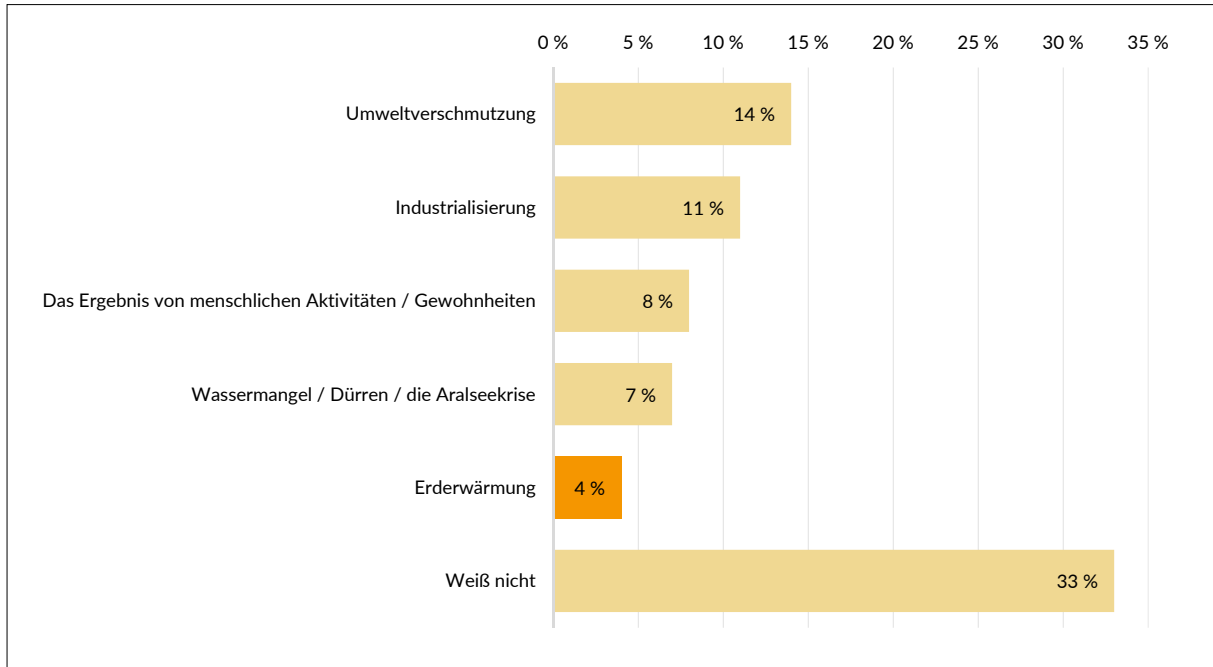
Computergestützte Telefonumfrage zwischen dem 27.04.2023 und dem 11.05.2023 mit ca. 1.500 Befragten; Quelle: Tlegen Kuandykov. Views on climate change in Uzbekistan, Central Asia Barometer, 16.01.2024. <https://ca-barometer.org/en/publications/views-on-climate-change-in-uzbekistan>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer.

Grafik 2: Ansichten zur Bedeutung des Klimawandels in Usbekistan
 »Es wird viel über den Klimawandel diskutiert. Halten Sie den Klimawandel für ein sehr ernstes Problem, ein etwas ernstes Problem, ein Problem, aber kein ernstes, überhaupt kein Problem, oder überhaupt kein Problem?«



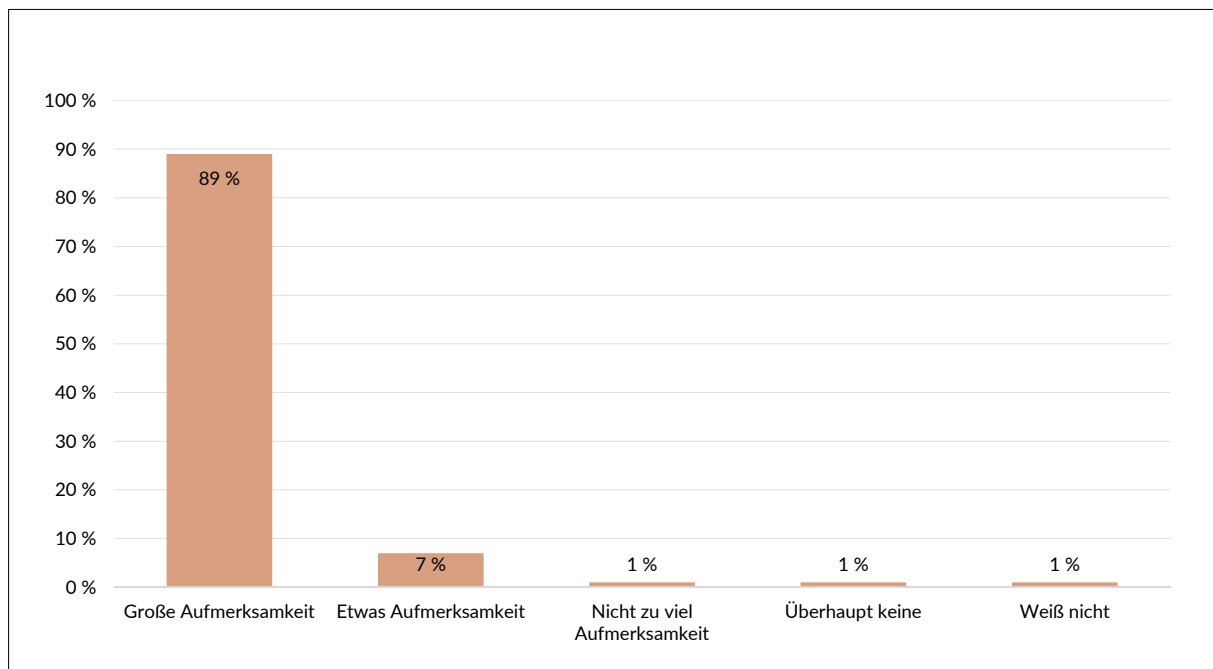
Computergestützte Telefonumfrage zwischen dem 27.04.2023 und dem 11.05.2023 mit ca. 1.500 Befragten; Quelle: Tlegen Kuandykov. Views on climate change in Uzbekistan, Central Asia Barometer, 16.01.2024. <https://ca-barometer.org/en/publications/views-on-climate-change-in-uzbekistan>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer.

Grafik 3: Ansichten zu den Ursachen des Klimawandels in Usbekistan
 »Was ist Ihrer Meinung nach die Hauptursache für den Klimawandel auf unserem Planeten?«



Computergestützte Telefonumfrage zwischen dem 27.04.2023 und dem 11.05.2023 mit ca. 1.500 Befragten; Quelle: Tlegen Kuandykov. Views on climate change in Uzbekistan, Central Asia Barometer, 16.01.2024. <https://ca-barometer.org/en/publications/views-on-climate-change-in-uzbekistan>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer.

Grafik 4: Ansichten zur notwendigen Aufmerksamkeit für Umweltfragen in Usbekistan
 »Wie viel Aufmerksamkeit sollte Usbekistan Ihrer Meinung nach Umweltfragen schenken?«



Computergestützte Telefonumfrage zwischen dem 27.04.2023 und dem 11.05.2023 mit ca. 1.500 Befragten; Quelle: Tlegen Kuandykov. Views on climate change in Uzbekistan, Central Asia Barometer, 16.01.2024. <https://ca-barometer.org/en/publications/views-on-climate-change-in-uzbekistan>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich beim Central Asia Barometer.

KOMMENTAR

Strategische Neutralität. Postsowjetische Institutionen und Zentralasiens komplexe Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine

Alexander Cooley (Barnard College, Columbia University, New York)

Die westlichen Staaten haben auf Russlands vollumfängliche Invasion in die Ukraine im Februar 2022 mit einheitlicher Verurteilung reagiert und dabei große Geschlossenheit gegenüber Russland demonstriert. Dies zeigte sich auch bei der raschen und umfangreichen Sanktionierung Russlands, der Verhängung von weitreichenden Exportbeschränkungen sowie der Koordinierung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung für die Ukraine seitens ihrer europäischen und nordamerikanischen Partner. Vor dem Hintergrund der politischen Stigmatisierung Russlands und den in Europa verbreiteten Sorgen über die geopolitischen Folgen des Überfalls, hofften die EU und USA, dass die zentralasiatischen Staaten der Ukraine bei ihrem Verteidigungskampf beistehen oder zumindest die russische Aggression verurteilen würden. Dennoch blieben alle zentralasiatischen Staaten hinsichtlich des Krieges neutral.

Im Kontrast zur Forderung mancher Wissenschaftler und Politiker, die Forschung zum postsowjetischen Raum zu »dekolonisieren«, hat der Krieg zu keiner postimperialen Entwirrung historisch bedingter Verbindungen und Abhängigkeiten geführt. Stattdessen ist das Zusammenspiel der unterschiedlichen Ströme und Beziehungen, die Russland und Zentralasien weiterhin aneinanderbinden, noch komplexer geworden. Hierbei ist zu betonen, dass die Ursprünge dieser Netzwerke eher »postsowjetischer« denn sowjetischer Natur sind. Schließlich haben die regionalen Rechtsregime, wirtschaftlichen Abkommen und zwischenstaatlichen Verträge während der letzten zwei Jahrzehnte zu einer umfassenden Neuvernetzung zwischen Menschen, einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und der gegenseitigen Angleichung von Regierungspraktiken in einem großen Teil des postsowjetischen Raumes geführt.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat neue Vektoren der Bevölkerungsmobilität zwischen Russland und Zentralasien geschaffen und bestehende Netzwerke weiter gestärkt. Kurz nach Kriegsbeginn sind Hunderttausende IT-Fachkräfte aus Russland geflohen. Viele von ihnen sind kurz zuvor arbeitslos geworden, nachdem die russische Regierung westliche Technologieunternehmen des Landes verwiesen hat. Ein großer Teil der Fliehenden

ist in die Türkei, nach Armenien und Georgien emigriert, während andere vorübergehend oder dauerhaft in Städten wie Astana, Bischkek oder Taschkent Zuflucht fanden. Dieser ersten Migrationsbewegung russischer *Relokanty* folgte im September 2022 eine weitere. Um sich der Mobilmachung für den Krieg zu entziehen, flohen erneut Hunderttausende russische Bürger u. a. in die Städte Zentralasiens. In einem Bericht von RE:RUSSIA von Juli 2023 wird die Zahl der Menschen, die Russland nach dem 24. Februar 2022 verlassen haben, auf zwischen 820.000 bis 920.000 geschätzt.¹ Laut einer diesjährigen Studie der University of Central Asia, die sich auf offizielle russische Migrationsdaten stützt, sind allein im Jahr 2022 über eine halbe Million Russen nach Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan gegangen, mehr als doppelt so viele wie vor der Covid-19-Pandemie.²

Unterdessen hielt die Arbeitsmigration von Zentralasien nach Russland an und wuchs zwischenzeitlich sogar, trotz der anfänglichen Sorgen vor negativen Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen. Der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) zufolge stieg die Zahl der Personen mit kirgisischer, usbekischer und tadschikischer Staatsbürgerschaft, die sich 2022 in Russland als arbeitssuchend gemeldet haben, im Vergleich zum Vorjahr um jeweils 11 Prozent (Kirgistan), 29 Prozent (Usbekistan) und im Fall von Tadschikistan um erstaunliche 45 Prozent.³ Im ersten Quartal 2023 stieg die Zahl der nach Russland eingereisten Migranten auf 1,3 Millionen Personen, 60 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum⁴ – und das trotz internationaler Sanktionen und der Schwächung des russischen Rubels gegenüber Dollar und Euro. Grund dafür war das Wachstum der russischen Wirtschaft im Kriegsmodus und der weiterhin anhaltende Arbeitskräftemangel in Russland. Laut der BBC und mit Verweis auf Angaben vom russischen Innenministerium arbeiten in Russland aktuell rund 10,5 Millionen Migranten aus Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen, da viele Migranten nicht offiziell registriert sind.⁵

Ein oft vernachlässigter Indikator für regionale Verbindungen ist die Mobilität im Hochschulbereich. Hierfür belegen die Zahlen deutlich, dass Russland für Studenten aus Zentralasien weiterhin die beliebteste

1 <https://re-russia.net/en/review/347/>

2 <https://ucentralasia.org/media/psdnh1p1/pbmigration-flow-change-in-central-asia-en.pdf>

3 <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/863591/ado-april-2023-special-topic.pdf>

4 <https://www.caspianpolicy.org/research/central-asia/reshaping-realities-in-the-caspian-region-2023-in-review>

5 <https://www.bbc.com/news/world-europe-68665896>

Destination für akademische Auslandsaufenthalte bleibt. Während im Jahr 2021 noch 171.000 Studenten aus Zentralasien in Russland studiert haben, ist diese Zahl bereits im Jahr 2023 auf über 227.000 gestiegen.⁶ Diese unterschiedlichen Zahlen zur Bevölkerungsmobilität suggerieren keine Entfremdung zwischen den Bevölkerungen in Russland und Zentralasien. Vielmehr hat Russlands Krieg gegen die Ukraine zu einer Neuvermischung der Bevölkerungen geführt, wesentlich ermöglicht durch Migrationsnetzwerke und postsowjetische Institutionen wie visumfreie Reisen.

Auch ist mittlerweile vollkommen klar, dass die zentralasiatischen Staaten ein wichtiges Drehkreuz zur Umgehung von Sanktionen und für Wiederausfuhren nach Russland sind – trotz vereinzelter Gegenmaßnahmen seitens der EU und USA und trotz der Dementis von zentralasiatischen Staatsoberhäuptern. Tatsächlich wächst die Wirtschaft in Zentralasien schneller als in anderen Regionen und für 2024 prognostiziert die Weltbank ein regionales Wirtschaftswachstum von 4,8 Prozent.⁷ Aufgrund der Beschränkung des EU-Handels mit Russland hat der EU-Handel mit postsowjetischen Staaten im Südkaukasus und Zentralasien explosionsartig zugenommen. Gleichzeitig hat das Handelsvolumen zwischen Russland und Zentralasien ebenfalls beträchtlich zugenommen. Kasachstans Einfuhr von Computern im Jahr 2022 hat sich gegenüber 2021 versiebenfacht und ein Volumen von 1,2 Milliarden US-Dollar erreicht.⁸ Auch werden in großen Mengen Haushaltsgeräte importiert, deren Mikrochips in der russischen Rüstungsindustrie benötigt werden.⁹

Auch diese Entwicklungen in den Bereichen Handel und Wirtschaft werden durch postsowjetische Institutionen und Praktiken begünstigt. Der hierfür wichtigste Faktor ist der Rechtsrahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), der zollfreien Handel und Unternehmensmobilität zwischen den Mitgliedern (Kasachstan, Kirgistan, Armenien, Belarus und Russland) fördert. In diesem Zusammenhang sind einige Trends bei der Neuregistrierung von Unternehmen in Kasachstan bemerkenswert. So hat die Anzahl russischer Unternehmen in Kasachstan in den ersten neun Monaten des Jahres 2022 um über 4.000 zugenommen.

Nach Einschätzung der ADB waren diese aus Russland migrierenden Unternehmen auch der Grund dafür, dass ausländische Direktinvestitionen in Kasachstan im gleichen Zeitraum um 18 Prozent gestiegen sind.¹⁰ Laut der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung haben seit Februar 2022 über eine halbe Million russischer Bürger ein Bankkonto in Kasachstan eröffnet.¹¹ Gleichzeitig erleichtern informelle Verbindungen zwischen Zollbeamten, Logistikern und Spediteuren innerhalb der regionalen EAWU-Lieferketten Praktiken wie »falschen Transit«, also die absichtliche Verschleierung des eigentlichen Ziels von Warensendungen.¹²

Diese informellen Praktiken gibt es bereits seit einiger Zeit, da zentralasiatische Staaten schon lange vorher eine Schlüsselrolle bei der Wiederausfuhr von Gütern über verschiedene Handels- und Rechtssysteme hinweg hatten. Das beste Beispiel hierfür ist Kirgistan. So hat Bischkek in den 2000er Jahren den eigenen Status als gleichzeitiges Mitglied von WTO und Eurasischer Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG, Vorläufer der EAWU) systematisch dafür genutzt, aus China importierte Güter in andere Staaten der EAWG zu re-exportieren.¹³ Die Zahlen zum bilateralen Handel zwischen einzelnen zentralasiatischen Staaten und Russland verschleiern auch, wie China – Russlands wichtigster Lieferant von sanktionierten Gütern wie etwa Drohnen – seine Handelsverbindungen mit Zentralasien nutzt, um Russland weiter beliefern zu können.¹⁴ Laut Wall Street Journal und mit Verweis auf chinesische Handelsstatistiken haben sich chinesische Exporte nach Kasachstan und Kirgistan seit Kriegsbeginn verdoppelt und belaufen sich mittlerweile auf über sieben bzw. sechs Milliarden US-Dollar.¹⁵

Schließlich bleiben die zentralasiatischen Machthaber zwar offiziell neutral, doch sind dabei sehr geschickt, die allgemeine Sorge vor regionaler Instabilität wirksam zur Konsolidierung ihrer autoritären Regime zu nutzen – vor allem vor dem Hintergrund der Wiedermachtergreifung der Taliban in Afghanistan 2021. Während der Westen weiter mit der Ukraine beschäftigt ist – und seit 2023 auch mit dem Nahen Osten – wird in Zentralasien weiterhin hart gegen unliebsame Presse, Kommentatoren in sozialen Medien und die

6 Berechnungen des Autors auf der Grundlage von Daten des russischen Ministeriums für Wissenschaft und Hochschulbildung: <https://minobrnauki.gov.ru/press-center/news/mezhdunarodnoe-sotrudnichestvo/46158/>

7 <https://astanatimes.com/2024/01/world-bank-economic-growth-in-europe-and-central-asia-remains-stable-amidst-global-slowdown/>

8 <https://efile.fara.gov/docs/7246-Informational-Materials-20231017-20.pdf>

9 <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2022/12/russia-and-central-asia-never-closer-or-drifting-apart?lang=en>

10 <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/863591/ado-april-2023-special-topic.pdf>

11 <https://www.ebrd.com/economic-boom.pdf>

12 <https://www.occrp.org/en/investigations/in-false-transit-loophole-russias-war-machine-is-supplied-through-kazakh-companies-and-belarusian-warehouses>

13 <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.2747/1539-7216.50.5.581>

14 <https://www.washingtonpost.com/national-security/2023/07/18/russia-sanctions-weapons-china-drones/>

15 <https://www.wsj.com/world/russias-backdoor-for-battlefield-goods-from-china-central-asia-bd88b546>

politische Opposition vorgegangen. In Kirgistan ist dieses Jahr ein Gesetz über »ausländische Repräsentanten« in Kraft getreten. Wie das russische Vorbild gefährdet das Gesetz die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen, die finanzielle Mittel aus dem Ausland erhalten. Seit der Unabhängigkeit benutzen zentralasiatische Machthaber die angebliche Gefahr von »drohender Instabilität« – sei es durch externe Kräfte, vom Westen inspirierte Proteste oder islamistische Bewegungen – als zynischen Vorwand, um ihre eigene autoritäre Herrschaft zu rechtfertigen. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine scheint die Region tatsächlich instabiler zu sein. Die Ursachen hierfür sind allerdings überwiegend interner Natur und Unruhen und Konflikte vor allem das Resultat von schwacher Regierungsführung. So zum Beispiel im Fall der tödlichen Grenzkonflikte zwischen Kirgistan und Tadschikistan 2021 und 2022, die über 40.000 Bewohner grenznaher Gebiete zur Flucht gezwungen haben. Als die Menschen im Juli 2022 in der Republik Karakalpakstan gegen die Streichung ihres verfassungsmäßigen Rechtes auf Sezession auf die Straße gingen, griff die usbekische Regierung sehr hart und gewaltsam durch. Zu diesem Zeitpunkt war die staatliche Kampagne zur militärischen Unterdrückung der pamirischen Bevölkerung des Autono-

men Gebietes Berg-Badachschan (GBAO) in Tadschikistan bereits in vollem Gange. Und nur wenige Wochen vor der russischen Invasion in die Ukraine flammten in ganz Kasachstan Hunderte Proteste auf, die durch einen Anstieg der Treibstoffkosten im Westen des Landes ausgelöst wurden. Auch in diesem Fall hat die Regierung in Astana hart durchgegriffen und die anschließenden Straßenkämpfe mit militärischer Gewalt beendet. Währenddessen haben Truppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) im Rahmen ihrer ersten »Friedensmission« strategische Objekte im Land bewacht und damit der Regierung von Präsident Tokajew den Rücken freigehalten.

Auch wenn diese Entwicklungen interne Ursachen haben, verringern sie nicht die sehr reale Furcht in der Region vor russischen Expansionsbestrebungen, oder womöglich eines Tages selbst einer militärischen Aggression Russlands ins Auge blicken zu müssen. Vorerst besteht die politische Strategie weiterhin darin, die Beziehungen zu Moskau pragmatisch fortzusetzen und gleichzeitig die Gelegenheiten zu nutzen, die mit dem Krieg in der Ukraine und den westlichen Sanktionen gegen Russland einhergehen.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

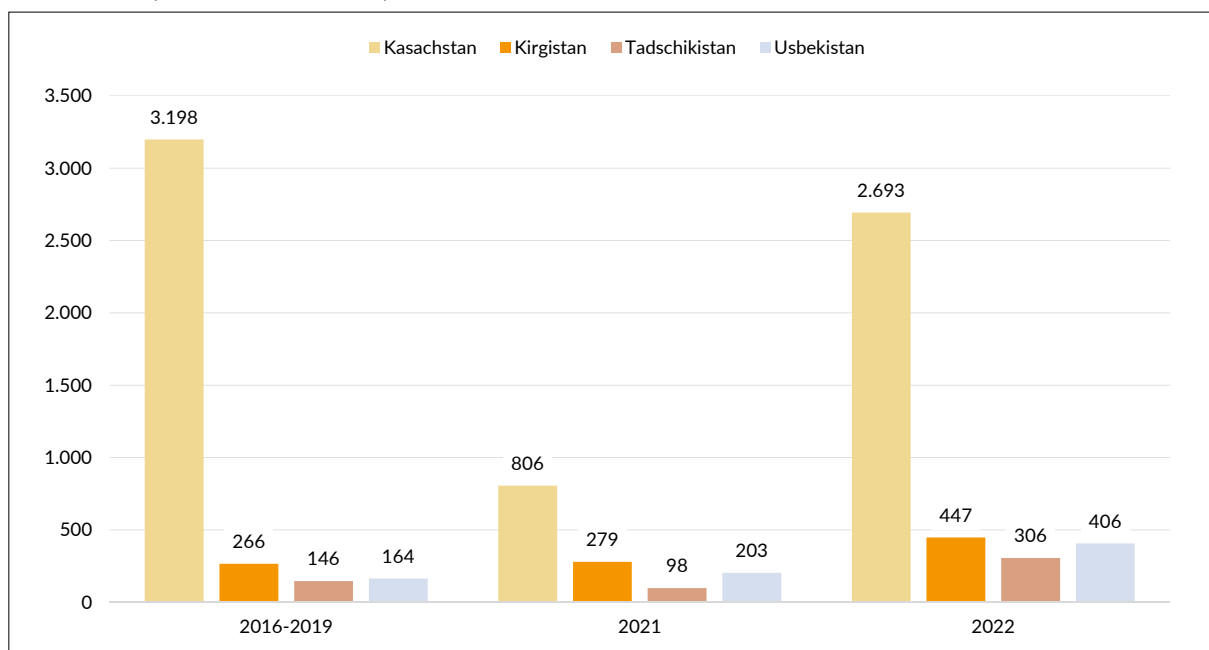
Über den Autor

Alexander Cooley ist Claire-Tow-Professor für Politikwissenschaft und stellvertretender Provost für die Forschung am Barnard College sowie ehemaliger Direktor des Harriman-Instituts der Columbia Universität in New York. Er ist Autor der Bücher *Great Games, Local Rules: the New Great Power Contest in Central Asia* (Oxford 2012), *Dictators without Borders: Power and Money in Central Asia* (Yale 2017, mit John Heathershaw) und *Exit from Hegemony: The Unraveling of the American Global Order* (Oxford 2020, mit Daniel Nexon).

STATISTIK

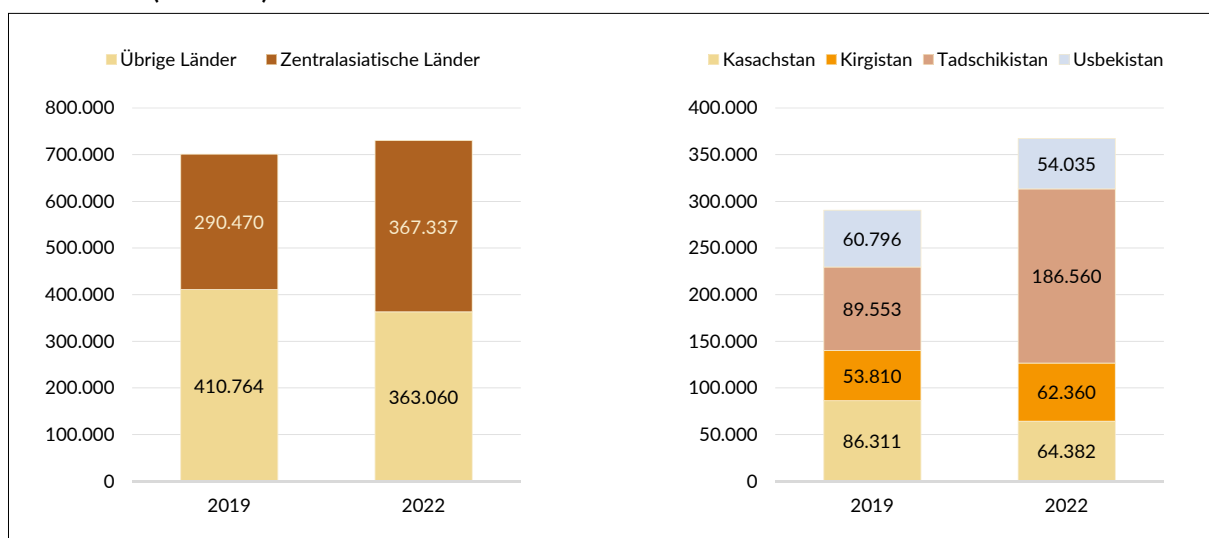
Migrationsbewegungen und Rücküberweisungen zwischen Russland und Zentralasien im Kontext von Russlands Krieg gegen die Ukraine

Grafik 1: Ausreisen von russischen Staatsbürgern in zentralasiatische Staaten, 2016 – 2022 (in Tausend Personen)



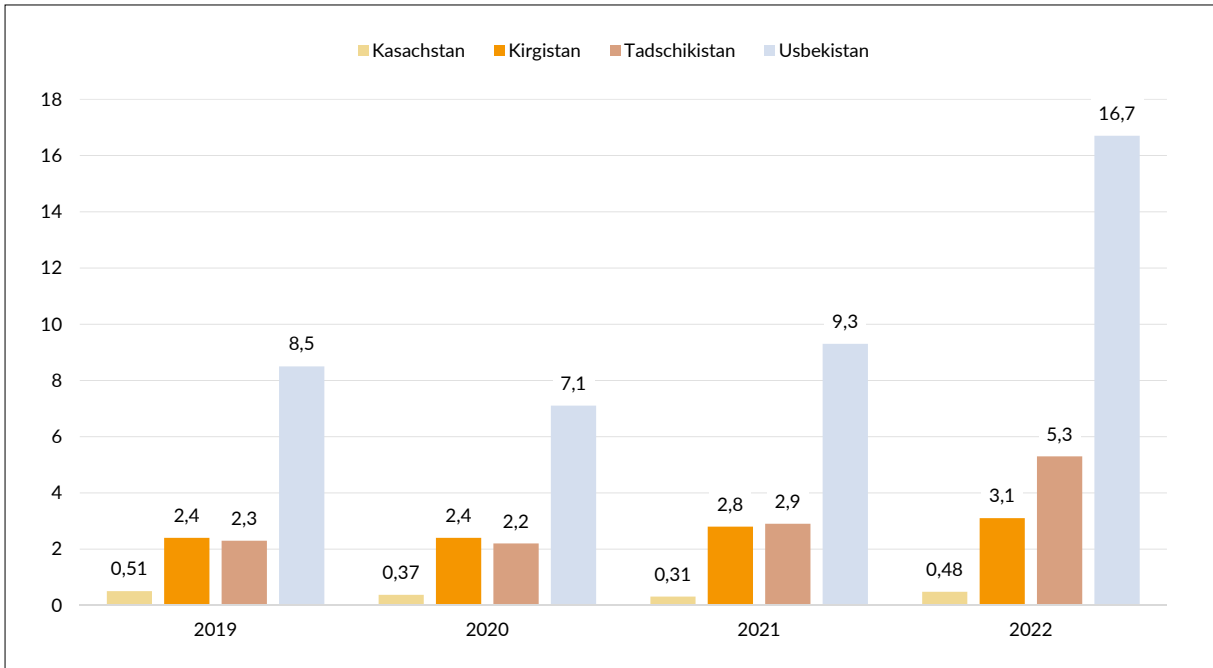
Quelle: Aleksey Oshchepkov, Kanat Tilekeyev, Christopher Gerry. 2024. How War in Ukraine Has Shaped Migration Flows in Central Asia. *Graduate School of Development of University of Central Asia, Policy Brief #1*, S. 4. <https://ucentralasia.org/media/psdnh1p1/pbmigration-flow-change-in-central-asia-en.pdf>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Dr. Aleksey Oshchepkov.

Grafik 2: Neue Wohnsitzanmeldungen ausländischer Staatsbürger in Russland in den Jahren 2019 und 2022 (Personen)



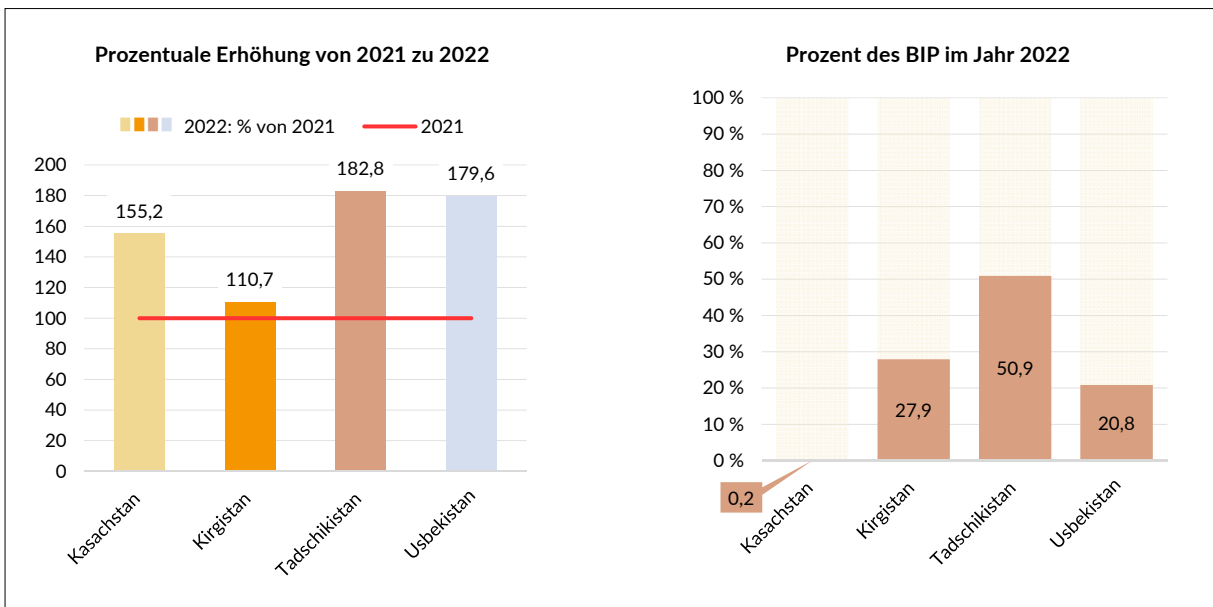
Quelle: Aleksey Oshchepkov, Kanat Tilekeyev, Christopher Gerry. 2024. How War in Ukraine Has Shaped Migration Flows in Central Asia. *Graduate School of Development of University of Central Asia, Policy Brief #1*, S. 8. <https://ucentralasia.org/media/psdnh1p1/pbmigration-flow-change-in-central-asia-en.pdf>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Dr. Aleksey Oshchepkov.

Grafik 3a: Rücküberweisungen in zentralasiatische Länder zwischen 2019 und 2022 (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Aleksey Oshchepkov, Kanat Tilekeyev, Christopher Gerry. 2024. How War in Ukraine Has Shaped Migration Flows in Central Asia. Graduate School of Development of University of Central Asia, Policy Brief #1, S. 10. <https://ucentralasia.org/media/psdnh1p1/pbmigration-flow-change-in-central-asia-en.pdf>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Dr. Aleksey Oshchepkov.

Grafik 3b: Rücküberweisungen in zentralasiatische Länder: prozentuale Erhöhung von 2021 zu 2022, Prozent des BIP im Jahr 2022



Quelle: Aleksey Oshchepkov, Kanat Tilekeyev, Christopher Gerry. 2024. How War in Ukraine Has Shaped Migration Flows in Central Asia. Graduate School of Development of University of Central Asia, Policy Brief #1, S. 10. <https://ucentralasia.org/media/psdnh1p1/pbmigration-flow-change-in-central-asia-en.pdf>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Dr. Aleksey Oshchepkov.

KOMMENTAR

Russlands Krieg gegen die Ukraine und Moskaus anhaltender Einfluss in Kasachstan

Dana Masalimova (Harvard University)

Seit Russlands vollumfänglicher Invasion in die Ukraine im Februar 2022 haben internationale Medien einen vermeintlichen Rückgang des russischen Einflusses in Zentralasien konstatiert. Jedoch übt Moskau in Zentralasien über eine Reihe von Druckmitteln weiterhin beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss aus. Im Jahr 2023 gab es zahlreiche Treffen zwischen Wladimir Putin und seinen zentralasiatischen Amtskollegen, weshalb alles *Business as usual* zu sein schien. Schließlich standen am 9. Mai 2023 die Präsidenten aller fünf zentralasiatischen Staaten bei der Parade zum sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg zusammen mit Putin am Roten Platz, was ihre anhaltenden Verbindungen zu Moskau und Russlands weiterhin starken Einfluss in der Region demonstrierte.

Aufgrund seiner mannigfaltigen wirtschaftlichen und geökonomischen Abhängigkeiten von Russland ist Kasachstan in einem hohen Maße von Russlands Krieg in der Ukraine betroffen und mit entsprechenden Herausforderungen konfrontiert. Der Beitrag skizziert einen Überblick über die maßgeblichen Faktoren und die sich entwickelnde Dynamik von Russlands anhaltendem Einfluss in Kasachstan.

Kriegsbedingte Inflation

Seit seinem Einmarsch in die Ukraine hat Moskau das Finanzsystem von Kasachstan genutzt, um die westlichen Sanktionen zu umgehen und den nicht mehr frei konvertierbaren Rubel in US-Dollar umzutauschen. In der Folge wurde der kasachstanische Devisenmarkt mit Rubeln überschwemmt. Der Rubel-Zustrom nach Kasachstan hat die Inflation im Jahr 2022 auf über 20 Prozent hochschnellen lassen und lag 2023 noch bei 9,8 Prozent. Damit hat Kasachstan die höchste Inflation unter den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).

Kasachstan ist stark von Importen abhängig, weshalb Astana markteingreifende Maßnahmen erlassen hat, um die Preissteigerungen zu bremsen. Dies umfasste ein Exportverbot bestimmter landwirtschaftlicher Produkte und die Stärkung des Tenge-Wechselkurses durch Transferzahlungen aus dem Nationalen Wohlfonds. Dadurch konnte die galoppierende Inflation zwar etwas gebremst werden, doch hat der künstlich gestärkte Tenge auch Exporte verteuert. Positiverweise hat das auch zu einer Reduzierung des Geschäftes mit dem Re-Export von Gütern aus der EU und China nach Russland geführt.

Ein weiterer Inflationstreiber war der Anstieg der Mietpreise in den Städten Kasachstans, nachdem Hunderttausende Menschen im Zuge des Überfalls auf die Ukraine aus Russland nach Zentralasien geflohen sind. Die Mobilmachung in Russland im September 2022 löste eine weitere Migrationsbewegung aus Russland nach Zentralasien aus, was zu einem landesweiten Anstieg der Mietpreise um 54,2 Prozent geführt hat, wobei die Mieten in Almaty (89,7 Prozent), Karaganda (64,2 Prozent) und Kostanai (58,5 Prozent) regelrecht explodiert sind. Zwar gingen die Mietpreise im Januar 2024 wieder zurück, bleiben mit 135 Prozent des Vorkriegsniveaus aber deutlich erhöht und verstärken weiter die Inflation.

Angesichts des beträchtlichen Rückgangs der Steuereinnahmen für den Haushalt im ersten Quartal 2024, steigenden Mietpreisen und Betriebskosten, hohen Staatsausgaben sowie der Unklarheit über die durch die Flut im April verursachten Schäden, werden Inflationsdruck und steigende Lebenshaltungskosten wohl anhalten. Die wachsende Abhängigkeit des Tenge-Wechselkurses von Transferzahlungen aus dem Nationalen Wohlfonds erhöht vor dem Hintergrund der rohstoffabhängigen Wirtschaft das Risiko einer plötzlichen Währungsentswertung.

Russlands wachsende wirtschaftliche Präsenz in Kasachstan

Seit Kriegsbeginn hat die Registrierung russischer Unternehmen in Kasachstan rasant zugenommen. Laut Nationalem Statistikamt hat sich die Zahl russischer Unternehmen im Land zwischen Januar 2022 und Januar 2024 verdoppelt und steigt weiterhin. Während es im Januar 2022 11.515 waren, stieg die Zahl bis Januar 2023 auf 18.906 und 23.009 im Januar 2024. Im April 2024 lag die Zahl bereits bei 23.321. Unternehmen in russischem Besitz machen in Kasachstan jetzt 41 Prozent aller Unternehmen in ausländischem Besitz aus. Besonders bemerkenswert ist die Expansion russischer Unternehmen im kasachstanischen IT-Sektor, der ein unglaubliches Wachstum von 305 Prozent erlebt hat. Dieser Trend könnte durch die jüngste, kontrovers diskutierte Entscheidung der kasachstanischen Regierung weiter verstärkt werden. Hierbei sollen Ausländer durch einen digitalen Dienst direkt bei diplomatischen Auslandsvertretungen Kasachstans einen Antrag auf eine Individuelle Identifikationsnummer (IIN) stellen können. Im Rahmen des Pilotprojektes, das bis Ende 2024

laufen soll, können Ausländer schon jetzt eine IIN beantragen und erhalten, ohne dafür physisch in Kasachstan sein zu müssen. Dadurch wird russischen Staatsbürgern und anderen Ausländern der Weg dafür geebnet, aus dem Ausland kasachstanische Bankkonten zu eröffnen, Unternehmen in Kasachstan zu registrieren und die modernen Dienste der elektronischen Verwaltung des Landes für ihre Zwecke zu nutzen.

Laut Wirtschaftstheorie führt die Zunahme von Unternehmen in ausländischem Besitz zu mehr Investitionen in einem Land. Im Fall von Kasachstan zeichnet die Statistik der Zentralbank jedoch ein anderes Bild. Zwar ist Russland in der Tat einer der wichtigsten Investoren in Kasachstan, die russischen Nettodirektinvestitionen betragen mit gerade einmal 0,6 Milliarden US-Dollar aber weit weniger als jene der Vereinigten Staaten mit 2,2 Milliarden US-Dollar. Bemerkenswerterweise war Russland 2023 auch eine der wichtigsten Destinationen für Nettogeldabflüsse aus Kasachstan, mit einem verblüffenden Anstieg von 767 Prozent (von 158,6 Mio. US-Dollar im Jahr 2021 auf 1,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 2023). Dieser Trend versieht die Aussagekraft der absoluten Zahlen zu russischen Direktinvestitionen in Kasachstan mit einem großen Fragezeichen.

Noch bedeutender – und angesichts der damit verbundenen geopolitischen Risiken auch besorgniserregender – ist die aggressive Ausweitung der Präsenz russischer Großunternehmen in wichtigen Sektoren der kasachstanischen Wirtschaft:

- *Stromversorger:* Kasachstan verfügt über keine flexiblen Kapazitäten zur Stromerzeugung und ist stark auf den gemeinsamen Betrieb des seit der Sowjetzeit mit Russland geteilten Stromnetzes angewiesen. Dieser Umstand gibt dem Kreml ein Druckmittel gegenüber Astana, da Moskau im gesamten westlichen Kasachstan das Licht ausschalten könnte. Im April 2024 hat Astana mit dem russischen Unternehmen »Inter RAO – Export« ein Abkommen über den Bau von drei neuen Wärmekraftwerken geschlossen. Damit wächst Kasachstans Abhängigkeit von Russland weiter und untergräbt die restlichen Bemühungen für eine Diversifizierung und Dekarbonisierung des Energie- und Stromsektors.
 - *Phosphat-Abbau:* Kasachstan ist der weltweit zweitgrößte Phosphatproduzent hinter Vietnam. Anfang 2022 hat Astana ein Abkommen mit Moskau über den Bau einer Düngemittelfabrik durch den schweizer Konzern EuroChem ratifiziert; EuroChem befand sich bis März 2022 zu 90 Prozent in Besitz des russischen Oligarchen Andrei Melnitschenko. Nachdem Melnitschenko auf die westliche Sanktionsliste gesetzt wurde, hat er seine Anteile an dem Konzern veräußert. Dennoch exportiert EuroChem weiterhin Phosphatmehl zur dortigen Verarbeitung
- nach Russland, was Fragen zur Integrität des Unternehmens aufwirft.
- *Erdöl:* Der russische Mineralölkonzern Lukoil besitzt Anteile an den kasachstanischen Ölfeldern Tengis und Korolewskoje, dem Gaskondensatfeld Karatschaganak und dem Caspian Pipeline Consortium (CPC), das die Erdölpipeline zwischen dem Tengisfeld und der russischen Hafenstadt Noworossijsk am Schwarzen Meer betreibt. Obwohl die Vereinigten Staaten Lukoil bereits nach der russischen Annexion der Krim 2014 teilsanktioniert haben, ist der Konzern weiterhin an Offshore-Explorations- und Entwicklungsprojekten in Kasachstan beteiligt. Seit Kriegsbeginn hat Lukoil neue Verträge mit Astana unterzeichnet, u. a. über eine Reduzierung der Steuerabgaben sowie der Gewährung eines jeweiligen Anteils von 50 Prozent und Mineralienrechten an den Ölfeldern Kalamkas-Sea, Khazar und Auezov im Kaspischen Meer. Tatneft ist ein weiterer in Kasachstan aktiver Mineralölkonzern aus Russland. Im Februar 2024 hat der kasachstanische Konzern KazMunaiGaz Tatneft im Rahmen einer Eigentümerfinanzierung 50 Prozent der Anteile am Erdöl- und Erdgasblock Karaton-Sarkamys im Gebiet Atyrau verkauft.
- Im März 2024 billigte der Senat Änderungen des Abkommens über den Transport von russischem Öl via Kasachstan nach China und verlängerte es um weitere zehn Jahre, mit einem festen Transittarif von mageren 2,1 US-Dollar pro Tonne. Dies ist deutlich niedriger als die Gebühren, die Russland von Kasachstan für den Transit von kasachischem Öl verlangt: 19 US-Dollar über Atyrau–Samara–Adamowo–Zastawa, 16 US-Dollar über Atyrau–Samara–Ust-Luga, 15 US-Dollar über Atyrau–Samara–Scheskharis und 38 US-Dollar über die Kaspische Pipeline des CPC. Diese erheblichen Unterschiede bei den Transitgebühren deuten darauf hin, dass Kasachstan erhebliche Einnahmen entgegen und möglicherweise seine eigenen Ölexporte weniger wettbewerbsfähig macht.
- *Gas:* Trotz reicher Erdgasvorkommen sieht sich Kasachstan gewaltigen Herausforderungen gegenüber, weiter die Nachfrage im Land zu befriedigen und gleichzeitig eigene Exportverpflichtungen gegenüber China erfüllen zu können. Die Ursache hierfür sind die begrenzten Verarbeitungskapazitäten, weshalb Kasachstan weiterhin Erdgas zur Weiterverarbeitung in die Gasraffinerie im russischen Orenburg liefert. Aufgrund der harten Winter in den Jahren 2022 und 2023 gab es einen starken Anstieg beim Inlandsverbrauch, was zu Engpässen bei den Gasexporten nach China geführt hat. Die Regierung ist seitdem gezwungen, russisches Gas

zu importieren, um die eigenen Exportverpflichtungen gegenüber China weiter erfüllen zu können. 2023 hat Astana mit Gazprom einen befristeten Vertrag über den Import von zwei Milliarden Kubikmetern Erdgas unterzeichnet. Die Gespräche zwischen Astana und Moskau über ein verbindliches Abkommen mit 15 Jahren Laufzeit dauern derweil an. Außerdem hat Gazprom in die Umkehrung der Pumprichtung der Zentrum–Zentralasien-Pipeline investiert, um Usbekistan, das ähnliche Energieprobleme wie Kasachstan hat, via Kasachstan mit Erdgas beliefern zu können; Usbekistan hat im Oktober 2023 mit dem Import von russischem Erdgas begonnen. Diese bestehende Abhängigkeit von Russland bei der Gasverarbeitung und die wachsende Abhängigkeit von Gasimporten bedeuten für Kasachstan ein erhöhtes Maß an Vulnerabilität, angesichts von Moskaus Neigung, Energie als geopolitisches Druckmittel einzusetzen.

- **Uran:** Der russische Atomkonzern Rosatom genießt traditionell erheblichen Einfluss auf die Uranindustrie Kasachstans. Der Konzern hält beträchtliche Anteile an verschiedenen Urangesellschaften und -minen, unter anderem 70 Prozent an der Southern Mining & Chemical Company, 50 Prozent an Karatau und Akbastau, 30 Prozent an Khorasan-U und 4,67 Pro-

zent an Saretschnoje. Anfang 2023 gab es eine große Überraschung, nachdem öffentlich bekannt wurde, dass Rosatom zu 100 Prozent das Stepnogorsk Mining and Chemical Plant übernommen hat und sich dazu noch einen erheblichen Anteil von 49 Prozent an der Budenowskoje-Mine sichern konnte.

Fazit

Das skizzierte Ausmaß der wirtschaftlichen Abhängigkeit und die Anfälligkeit der CPC-Pipeline für die Launen des Kremls sind eine Herausforderung für Kasachstans politische Souveränität. Russlands strategische Hinwendung nach Asien vertieft die bestehenden Abhängigkeiten und macht Kasachstan zu einer wichtigen Transit- und Pufferzone in der Region. Auch wenn der kasachstanische Präsident Russland und den Westen weiterhin gegeneinander ausbalanciert, werden die geopolitischen Langzeitfolgen von Russlands Krieg gegen die Ukraine Astana wirtschaftlich noch enger an Moskau binden. Die Stärkung der Souveränität des Landes hängt maßgeblich von der Frage ab, ob die Regierung mehr Investoren jenseits von Russland anziehen kann und währenddessen weiter die Wirtschaft, Handelspartner und Transportwege diversifiziert.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

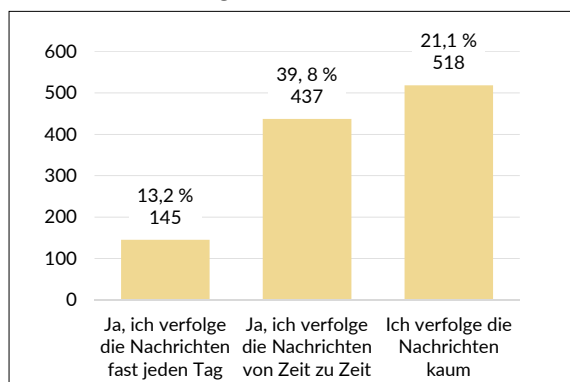
Über die Autorin

Dana Masalimova ist Fellow am Davis Center for Russian and Eurasian Studies der Universität Harvard und vormalige Diplomatin des Auswärtigen Dienstes von Kasachstan.

UMFRAGEN

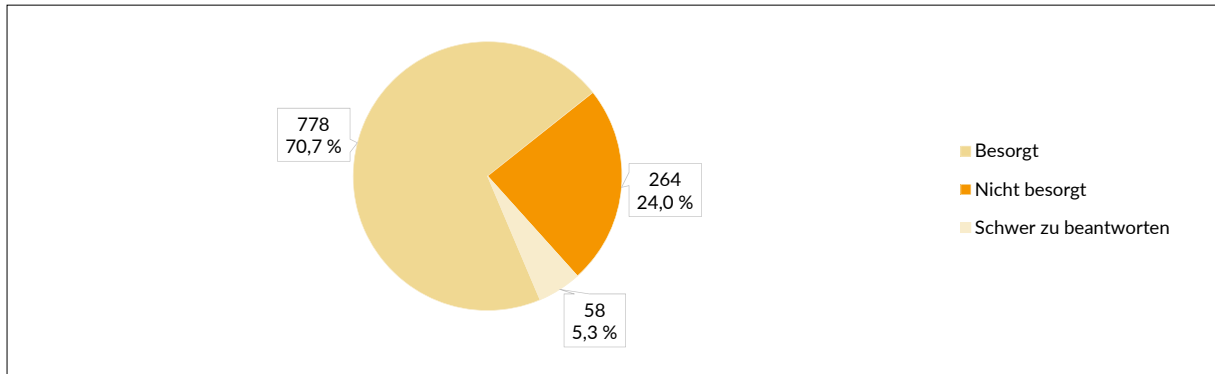
Haltung der Menschen in Kasachstan zu Russlands Krieg gegen die Ukraine

Grafik 1: Verfolgen Sie die aktuelle Situation in der Ukraine? (Prozent und Zahl der Respondent:innen)



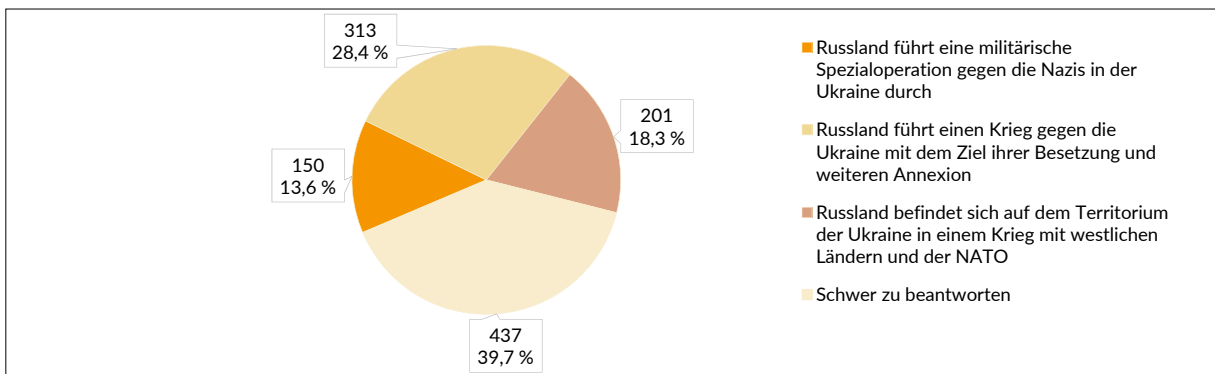
Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 2: Sind Sie persönlich besorgt oder nicht besorgt darüber, was in der Ukraine geschieht? (Prozent und Zahl der Respondent:innen)



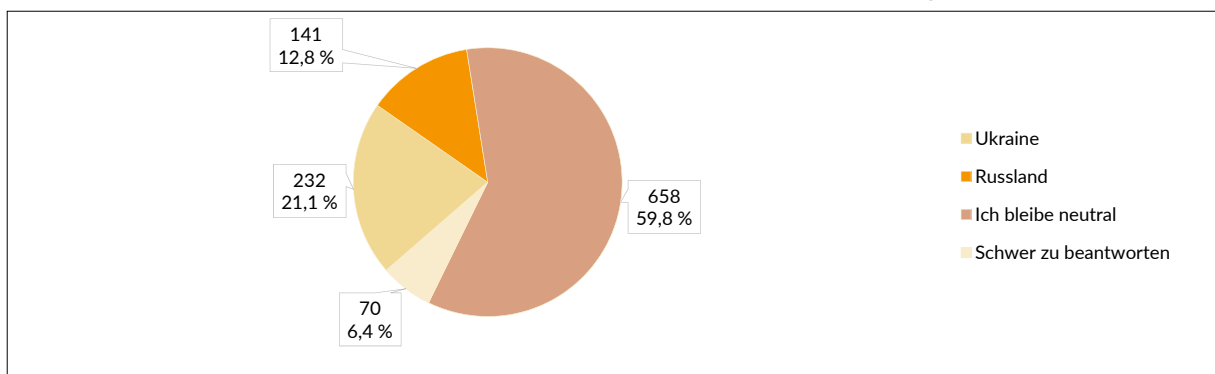
Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 3: Welche der folgenden Optionen beschreibt am genauesten, was in der Ukraine geschieht? (Prozent und Zahl der Respondent:innen)

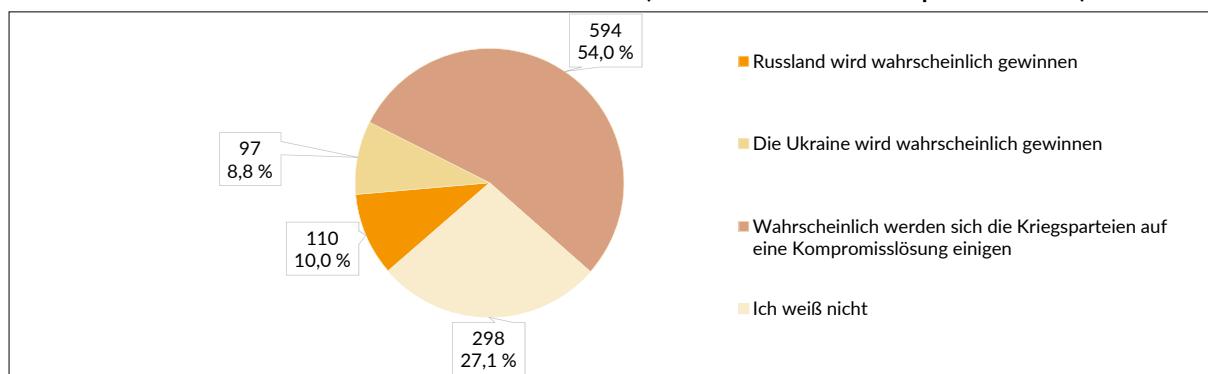


Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

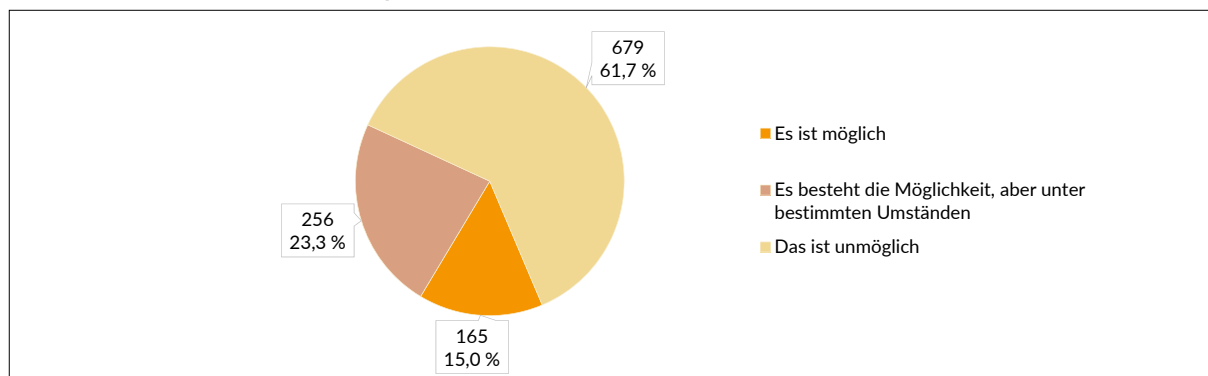
Grafik 4: Welche Seite in dem Konflikt unterstützen Sie? (Prozent und Zahl der Respondent:innen)



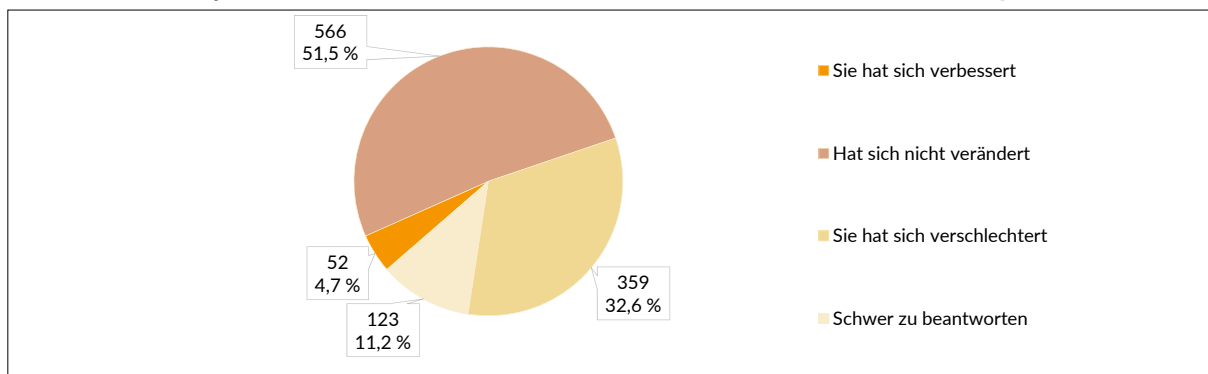
Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 5: Was denken Sie wie der Konflikt enden wird? (Prozent und Zahl der Respondent:innen)

Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

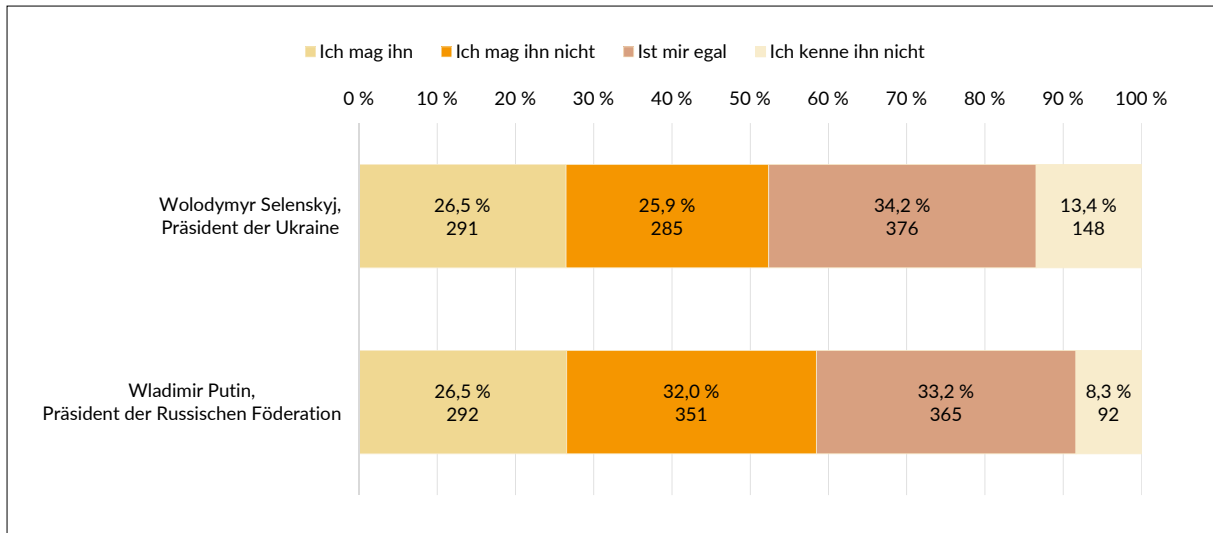
Grafik 6: Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit eines russischen Überfalls auf Kasachstan ein? (Prozent und Zahl der Respondent:innen)

Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 7: Hat sich Ihre Haltung gegenüber Russland seit Beginn des Krieges in der Ukraine verändert, und wenn ja, hat sie sich verbessert oder verschlechtert? (Prozent und Zahl der Respondent:innen)

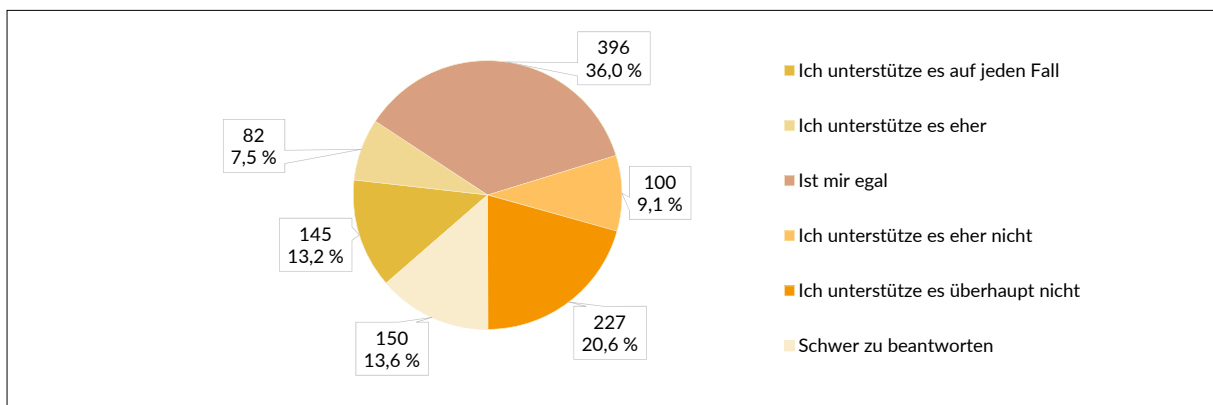
Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 8: Ich werde nun die Namen der Staatsoberhäupter verschiedener Länder vorlesen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie sie mögen oder nicht (Auszug)



Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

Grafik 9: Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat einen Haftbefehl gegen Wladimir Putin erlassen. Was halten Sie davon?



Telefonumfrage zwischen dem 3. und 12. Mai 2023 mit landesweit 1.100 Befragten; Quelle: *What People in Kazakhstan Think about the War in Ukraine*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/what-people-in-kazakhstan-think-about-the-war-in-ukraine-3/?lang=en>; *POLL: A Third of Kazakhstanis Started Treating Russia Worse after the Outbreak of the War*, Demoscope, 17.05.2023, <https://demos.kz/poll-a-third-of-kazakhstanis-started-treating-russia-worse-after-the-outbreak-of-the-war/?lang=en>. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen bedankt sich bei Demoscope.

KOMMENTAR

Die Ansichten russischer Migranten in Kasachstan und Kirgistan zu Russlands Krieg gegen die Ukraine

Félix Krawatzek & Gwendolyn Sasse (beide Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)

Seit dem Beginn der vollumfänglichen Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 ist es zu einer Umkehr der Migrationstrends zwischen Russland und Zentralasien gekommen. Während Russland für Arbeitsmigranten aus Zentralasien zunehmend unattraktiv wird,¹ ist Zentralasien seit 2022 selbst zu einer wichtigen Aufnahme- und Durchreiseregion für Menschen und Kapital aus Russland geworden. Gleichzeitig verstärkt der Krieg Veränderungen der regionalen politischen Landschaft. So weiß Kirgistans Präsident Sadyr Dschaparow die seit 2022 erhöhte russische Aufmerksamkeit für die Region zu nutzen, um seine autoritäre Herrschaft durch eine enge Abstimmung innenpolitischer Maßnahmen mit dem Kreml zu konsolidieren.² Währenddessen versucht Kasachstan seine multivektorale Außenpolitik fortzusetzen und eine innenpolitische Einflussnahme des Kreml zu verhindern. Kirgistan hilft der russischen Wirtschaft und Armee weiterhin indirekt bei der Umgehung von westlichen Sanktionen, vor allem durch die Wiederausfuhr von aus China und der EU importierten Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (*Dual-Use Goods*). Kasachstan hingegen unterbindet seit 2023 den Re-Export von Dual-Use Goods nach Russland.³

Schätzungen über das Ausmaß der neuen Emigration aus Russland gehen weit auseinander, was auch an der teilweise temporären Natur der Migration mit anschließender Rückkehr nach Russland liegt. Neuesten Schätzungen zufolge verbleiben aktuell etwa 650.000 russische Staatsbürger*innen, die Russland seit 2022 verlassen haben, weiterhin im Ausland.⁴

Kirgistan und Kasachstan bilden zusammen mit Russland, Belarus und Armenien die Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion, weshalb russische Staatsbürger*innen ohne einen internationalen Pass einreisen können. In Kasachstan erlaubten die Einreisebestimmungen zunächst einen visumfreien Aufenthalt von bis zu 90 Tagen; nach einer Aus- und Wiedereinreise begann die Zählung von vorne. Dieses System wurde

im Januar 2023 geändert: Nach den ersten 90 Tagen im Land ist nun unabhängig von einer erneuten Einreise die Registrierung eines temporären oder längerfristigen Wohnsitzes erforderlich. Im Januar 2024 hielten sich etwa 100.000 nach Februar 2022 eingereiste russische Staatsbürger*innen in Kasachstan auf. Am Anfang war die Zahl der aus Russland Eingereisten, genau wie im Fall von Kirgistan auch, höher, da aus beiden Ländern sowohl eine Rückkehr nach Russland als auch Weiterreise in andere Zielländer stattfand. In Kirgistan waren bereits bis Ende 2022 etwa 170.000 Migrant*innen aus Russland registriert, wobei sich die aktuelle Zahl nicht aus den offiziellen Statistiken entnehmen lässt. Kirgistan hat am Anfang versucht, vor allem von der kriegsbedingten Emigration russischer IT-Fachkräfte zu profitieren und dafür ein »Digital Nomads Programme« gestartet und Visa- und Steuererleichterungen für russische Staatsbürger*innen erlassen. U. a. aufgrund der explodierenden Nachfrage nach Wohnraum auf Bischkeks ohnehin angespanntem Wohnungsmarkt,⁵ hat jedoch auch Kirgistan die Einreisebestimmungen verschärft. Im Oktober 2023 wurde eine »90/180-Regel« eingeführt, laut der ein 90-tägiger visumfreier Aufenthalt nur noch innerhalb eines Gesamtzeitraums von 180 Tagen möglich ist.⁶

Bisher ist wenig über das soziodemographische und politische Profil der neuen russischen Migrant*innen in Zentralasien und anderen Regionen bekannt.⁷ Am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) haben wir von Juni bis August 2023 Face-to-Face-Befragungen unter insgesamt 4.300 russischen Staatsbürger*innen in fünf Ländern (Armenien, Georgien, Türkei, Kasachstan und Kirgistan) durchgeführt.⁸ Die Umfrage deckt sowohl die jüngste Migrationsbewegung seit Februar 2022 ab, als auch jene Menschen mit russischem Pass, die bereits vor 2022 in den genannten Ländern gelebt haben. Dieser Vergleich hilft bei der Einordnung der neuen Migrationsbewegung aus Russland seit dem Überfall auf die Ukraine.

1 <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2024/07/russia-central-asia-migrants?lang=en>

2 <https://www.voanews.com/a/kyrgyz-president-signs-russian-style-foreign-agents-bill/7554518.html>

3 <https://kyvindependent.com/opinion-putins-silk-road-around-sanctions/>

4 <https://en.thebell.io/russias-650-000-wartime-emigres/>

5 <https://foreignpolicy.com/2022/10/04/russia-putin-mobilization-central-asia-conscripts-flee/>

6 https://kyrgyz.mid.ru/ru/embassy/news/o_novom_poryadke_prebyvaniya_grazhdan_rossii_v_kyrgyzstane/

7 Eine der wenigen und wichtigen Informationsquellen, insbesondere zur politischen Opposition, ist das Projekt OutRush. <https://outrush.io/>

8 Für eine vergleichende Analyse der verschiedenen Länder, siehe Félix Krawatzek und Gwendolyn Sasse, *The political diversity of the new migration from Russia since February 2022*, ZOiS Report 4/2024. <https://www.zois-berlin.de/en/publications/zois-report/translate-to-english-the-political-diversity-of-the-new-migration-from-russia-since-february-2022>.

Für diesen Beitrag beziehen wir uns auf die Umfrageergebnisse aus Kasachstan (697 Befragte) und Kirgistan (608 Befragte). In beiden Ländern wurden die Teilnehmenden über eine Kombination von Methoden rekrutiert: direkt auf der Straße, über soziale Medien und per Schneeballverfahren. Eine repräsentative Umfrage im engeren Sinne ist aufgrund fehlender Grunddaten über die neue Migration nicht möglich. Die gewählte Vorgehensweise ist unter den gegebenen Voraussetzungen somit die bestmögliche für eine direkte Befragung (anstelle einer Online-Umfrage). Das Durchschnittsalter der Befragten liegt in beiden Ländern bei 35–36 Jahren und es handelt sich in erster Linie um Migrant*innen, die in Russland in größeren Städten gelebt haben. In Kasachstan erreichte die Umfrage einen deutlich höheren Anteil an russischen Staatsbürger*innen, die bereits vor Februar 2022 im Land waren.

Die Umfrage geht u. a. den Ansichten der Migrant*innen über den Krieg nach. In diesem Zusammenhang ist die Kooperation der beiden Länder in Fragen der Strafverfolgung mit Russland zu beachten: Seit Juni 2023 besteht zwischen den drei Staaten ein trilaterales Auslieferungsabkommen, das ein Risiko für russische Oppositionelle darstellt.⁹

Unterstützung und Verantwortung für den Krieg

Eine Unterstützung für den Krieg ist unter russischen Migrant*innen in beiden Ländern ähnlich gering. Mehr als 70 Prozent geben an, dass sie den Krieg nicht unterstützen. Die Unterstützung ist in beiden Ländern unter Männern sowie Befragten, die älter als 50 Jahre sind, höher. Auch unter Menschen mit einem geringeren Bildungsstand wird der Krieg tendenziell eher unterstützt.

Trotz der Präsenz russlandaffiner Medien und Diskurse in beiden autoritären Staaten wird die Verantwortung für den Krieg in beiden Ländern unterschiedlich bewertet. In Kasachstan wird die Schuld gleichermaßen Russland, der Ukraine und den Vereinigten Staaten angelastet (jeweils etwa ein Viertel der Befragten), wobei weitere 10 Prozent die Schuld bei der NATO sehen. In Kirgistan gibt knapp die Hälfte der Befragten an, dass Russland die Schuld am Krieg trägt; weitere 30 Prozent geben insgesamt den Vereinigten Staaten, der Ukraine oder der NATO die Schuld.

In beiden Ländern geben Menschen, die keine Kinder haben, Personen mit höherer Bildung, sowie diejenigen, die nach Februar 2022 angekommen sind, eher Russland die Schuld am Krieg. Darüber hinaus sind es in Kasachstan Befragte im Alter von 18 bis 24 Jahren, Menschen aus Moskau, sowie diejenigen, die sich ethnisch als nicht-russisch identifizieren (sondern z. B. als

Kasachisch oder Tatar). In Kirgistan sind es vor allem jene Befragten, die weniger Kontakt zu Freunden oder Familie in Russland halten, die Russland die Schuld zuweisen, was in Kasachstan keinen Unterschied macht.

Das Profil derjenigen, welche die Verantwortung bei der Ukraine sehen, ist unterschiedlich: In Kasachstan teilen vor allem Befragte im Alter von 25–34 Jahren diese Ansicht, während das Alter in Kirgistan keine signifikante Rolle spielt. Zudem sind es in Kasachstan eher Personen mit einem geringeren Bildungsniveau, die diese Auffassung vertreten. Darüber hinaus äußern sich in dieser Weise häufiger russische Staatsbürger*innen, die sich selbst als ethnisch-russisch definieren und bereits vor Februar 2022 in Kasachstan gelebt haben. In Kirgistan sind es insbesondere Befragte aus Moskau oder St. Petersburg, welche die Ukraine für schuldig befinden, sowie diejenigen, die im engeren Kontakt mit Freunden und Familie in Russland stehen. Es sind auch diejenigen unter den Befragten, die sich für längere Zeit in Kirgistan sehen.

Interesse am Krieg

In Kirgistan gibt knapp die Hälfte der Befragten an, dem Krieg sehr genau oder genau zu folgen. Der entsprechende Wert für Kasachstan beläuft sich auf knapp ein Drittel – die restlichen Befragten folgen dem Krieg kaum oder haben mittlerweile aufgehört, sich dafür zu interessieren. In Kirgistan interessiert sich knapp ein Viertel nicht mehr für den Krieg. Höheres Interesse am Krieg zeigen in beiden Ländern männliche Befragte sowie diejenigen, die von einer längeren Aufenthaltsdauer im jeweiligen Land ausgehen. Das Interesse ist ebenfalls unter den Menschen höher, die Russland nach Februar 2022 verlassen haben. In Kasachstan ist das Interesse am Krieg unter denjenigen höher, die weniger häufig mit Freunden und Familie in Russland in Kontakt stehen.

In Kirgistan ist das Interesse am Krieg unter den 25–34-Jährigen, sowie denjenigen im Alter über 50 Jahren stärker ausgeprägt als in der Gruppe der 18–24-Jährigen. In Kasachstan hingegen spielt das Alter der Befragten keine Rolle, wohl aber der Bildungsstand: Höhere Bildung geht mit mehr erklärtem Interesse am Krieg einher.

Fazit

Kasachstan und Kirgistan gehörten aufgrund der relativ einfachen Einreisemöglichkeiten und der Präsenz russischer bzw. russischsprachiger Teile der Lokalsbevölkerung zu den wichtigsten Ländern, in denen Migrant*innen aus Russland nach Februar 2022 temporär oder längerfristig Zuflucht gesucht haben. Trotz

⁹ <https://vlast.kz/obshchestvo/56171-ne-tranzitnaa-strana-budet-li-kazahstan-ekstradirovat-rossian.html>

der zahlreichen Verflechtungen mit Russland und der Ähnlichkeiten der politischen Regime unterstützt die Mehrheit der Ausgereisten Russlands Krieg nicht. Die Antworten auf die Frage nach der Schuld für den Krieg geben einen Hinweis auf die Bandbreite der politischen Ansichten unter den Befragten. Die Daten zeigen, dass die Ansichten derer, die im Sommer 2023 in Kasachstan interviewt wurden, eher der offiziellen russischen Per-

spektive entsprechen, wohingegen die in Kirgistan geäußerten Ansichten weiter auseinandergehen. In Kirgistan fand unsere Umfrage einen größeren Kern an oppositionell eingestellten Personen. Ein interessanter Faktor sind die persönlichen Netzwerke der Migrant*innen: Der Abbruch von Kontakten nach Russland korreliert mit Interesse am Krieg bzw. einer realistischen Schuldzuweisung an Russland.

Über die Autoren

Dr. *Félix Krawatzek* ist Politikwissenschaftler und leitet seit September 2018 den Forschungsschwerpunkt *Jugend und generationeller Wandel* am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS).

Prof. Dr. *Gwendolyn Sasse* ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

STATISTIK

Soziodemografische Merkmale von russischen Migranten in Kasachstan und Kirgistan

Grafik 1: Soziodemografische Merkmale von Stichproben russischer Migranten in Kasachstan und Kirgistan im Vergleich zur russischen Gesamtbevölkerung

	Kasachstan	Kirgistan	Russland (Zensusdaten von 2010)
Zahl der Befragten	697	608	-
Durchschnittsalter	36	32	39
Anteil männlicher Personen	42 %	62 %	46 %
Größe der Siedlung	Stadt mit über einer Million Einwohnern	65 %	20 %
	Stadt mit 500.000 bis einer Million Einwohnern	20 %	14 %
	Stadt mit 250.000 bis 500.000 Einwohnern	7 %	6 %
	Stadt mit 100.000 bis 250.000 Einwohnern	4 %	4 %
	Siedlung mit unter 100.000 Einwohnern	4 %	4 %
Wohnort	Moskau	23 %	8 %
	St. Petersburg	18 %	3 %
Diejenigen, die sich selbst mit der Titularnationalität identifizieren	11 %	17 %	-
Anteil der vor 2022 aus Russland migrierten	17 %	7 %	-

Quelle: Félix Krawatzek und Gwendolyn Sasse, The political diversity of the new migration from Russia since February 2022, ZOiS Report 4/2024, S. 8. https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/3-Publikationen/ZOiS_Reports/2024/ZOiS_Report_4_2024.pdf

KOMMENTAR

Bilanz: Strategisch gescheitert. Zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«

Katja Mielke (Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)), Winfried Nachtwei (Münster)

Im Februar dieses Jahres hat die 2022 vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das zukünftige vernetzte Engagements Deutschlands¹ ihren Zwischenbericht zur Aufarbeitung des deutschen Einsatzes in Afghanistan zwischen 2001 und 2021 veröffentlicht.² Der Bericht bilanziert, inwiefern die politischen, wirtschaftlichen, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Ziele der internationalen Koalition in Afghanistan erreicht wurden und analysiert die Rolle und den Beitrag der deutschen Akteure für die Ziele der Koalition. Der Fokus der parlamentarischen Aufarbeitung liegt sowohl auf den tatsächlichen Einsatzergebnissen als auch der Arbeit der politisch-strategischen Ebene, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im nationalen und internationalen Rahmen.

Im Unterschied zu bisherigen Teilevaluierungen, wie jener des zivilen Engagements der Bundesregierung im Zeitraum 2013–2021³ (also vor allem der Rolle von Auswärtigem Amt,⁴ Bundesministerium des Innern und für Heimat⁵ und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung⁶), betrachtet die Enquete-Kommission auftragsgemäß das deutsche Gesamtengagement über die komplette Einsatzdauer von 20 Jahren in seiner ganzheitlichen zivil-militärisch-polizeilichen Dimension. Die Arbeit der Kommission hat damit einem großen Teil der Öffentlichkeit die zuvor wenig bekannte Tatsache vermittelt, dass der deutsche Einsatz in Afghanistan keineswegs nur militärischer Natur war.

Ergebnisse der Kommission

Das Fazit der Kommission, in der die beiden Autoren des Kommentars als sachverständige Mitglieder fungieren, fiel äußerst kritisch aus und deckte sich mit der öffentlichen Wahrnehmung vom Einsatz als gescheitert. Das deutsche Engagement wurde als eine fatale Mischung

aus durchgehender Strategielosigkeit und überambitionierten Zielen charakterisiert. Abgerundet wird das Bild durch die Bescheinigung einer ignoranten Absenz von selbst grundlegendem Sachverstand der gesellschaftlichen, politischen und historischen Kontexte Afghanistans. Keines der Einsatzziele wurde erreicht: Weder wurde das Land befriedet, noch eine unabhängige Justiz oder Verwaltung aufgebaut, geschweige denn eine belastbare Wirtschaft etabliert, die beispielsweise in der jetzigen humanitären Krise die Afghan:innen vor dem Verhungern bewahren würde. Das Gros der internationalen Hilfsgelder wurde nicht in die wirtschaftliche Entwicklung, sondern den Ausbau des Sicherheitsapparates gesteckt – eine Praxis, mit der imperiale Akteure im 19. und 20. Jahrhundert qua politischem Design einen finanziell abhängigen, doch aus heutiger Sicht durch und durch dysfunktionalen afghanischen Staat geschaffen haben.⁷ Genau dieser, über zwei Jahrzehnte hinweg finanziell aufgepumpte Sicherheitsapparat ist im August 2021 innerhalb weniger Stunden implodiert.

Auf der Ebene der Bundesregierung und den involvierten Ministerien wurden die Ziele des Engagements durch Realitätsverweigerung, das Fehlen einer realitätsnahen Strategie und der Unfähigkeit zum institutionellen Lernen unterminiert. Dieses institutionsübergreifende Regierungsversagen hat schließlich eine Reihe unbeabsichtigter und zusammenhängender (Neben-)Effekte gezeitigt, durch die das Scheitern der Mission im Nachhinein besonders deutlich wird, darunter:

- die Ausbreitung und Nichtahndung von Korruption und Klientelismus, u. a. durch die Auswahl von fragwürdigen Partnern vor Ort (Milizenführer, Kriegsverbrecher mit teilweise dschihadistischem Hintergrund etc.);
- die Minderung einer sowieso schon gering ausgeprägten Eigenverantwortung (*ownership*) der afghanischen Behörden und offiziellen lokalen Partner;

1 https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_afghanistan

2 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010400.pdf>

3 https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2023_Afghanistan/2023_DEval_Bericht_Afghanistan_ressortgemeinsam_web.pdf

4 <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2635536/0620a09f0449fd743ef20a3184ccd6a5/231212-afg-ressortspezifisch-aa-data.pdf>

5 https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/RGE-AFG-BMI.pdf?__blob=publicationFile&v=8

6 https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2023_Afghanistan/2023_DEval_Bericht_Afghanistan_ressortspezifisch_web.pdf

7 <https://merip.org/2022/01/afghanistans-present-failure-lies-in-its-past-design/>

- die sukzessive Entfremdung der afghanischen Bevölkerung vom Ziel des Staatsaufbaus nach rechtsstaatlichen und demokratischen (»westlichen«) Prinzipien;
- die indirekte Ausweitung von Möglichkeiten für die Taliban, vor allem im ländlichen Raum ihre eigene Rechtsprechung als legitime und unbestechliche Alternative zu den afghanischen Behörden anzubieten;
- die Ausbreitung zahlreicher bewaffneter dschiha-distischer Gruppen in Afghanistan als Resultat der praktizierten Doppelstandards und des Glaubwürdigkeitsverlustes der internationalen Intervention, hier insbesondere der US-geführten Terrorbekämpfungseinsätze von CIA und im Rahmen der Operation *Enduring Freedom*, denen viele unschuldige Zivilisten zum Opfer fielen. Schätzungen zufolge wurden in dem 20-jährigen Gewaltkonflikt seit 2001 mindestens 47.000 Zivilisten in Afghanistan getötet.⁸

Der spezifische deutsche Anteil an den oben genannten Entwicklungen kann nicht quantifiziert werden, ist aber relevant und unbestritten.

Verantwortlichkeiten und institutionelles Lernen

Die Enquete-Kommission hat ihren Respekt für die tausenden von Deutschland entsandten Frauen und Männer ausgedrückt, die mit hohem Einsatz zu zeitweiligen Teilfortschritten insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen beitragen konnten, durch das Scheitern des Einsatzes jedoch (weitgehend) wieder zunichte gemacht wurden. Hierbei ist wichtig zu beachten, dass die Kommission kein Untersuchungsausschuss ist, der nach Verantwortlichkeiten für die gravierenden Fehler des Einsatzes sucht. Eine Suche nach »Schuldigen« wäre für die Ermittlung der Ursachen des strategischen Scheiterns und das notwendige institutionelle Lernen kontraproduktiv. Das strategische Scheitern war schließlich das »Gemeinschaftswerk« eines kollektiven politischen Führungsversagens in vielen Hauptstädten, angefangen in Washington, über Kabul und Islamabad bis hin zu Berlin und anderen europäischen Hauptstädten, die den fragwürdigen Verlauf des Einsatzes stillschweigend hingenommen haben. Berlin kann man wenigstens zugutehalten, dass sich in den deutschen Verantwortungsbereichen des Einsatzes immerhin um Nähe zur Bevölkerung und einen unterstützenden Ansatz bemüht wurde. Jedoch blieben die Verantwortlichkeiten für Fehlentwicklungen und -entscheidungen anonym. Während die Bundeswehrsoldat:innen ihren Kopf hielten und für den Einsatz ihre Gesundheit und ihr Leben riskierten, stand in der deutschen Politik nie

jemand zur Verantwortung, kein Kanzler, keine Kanzlerin, und kein – eigentlich federführender – Außenminister. Ein Grund hierfür liegt auch in Versäumnissen bei der Kontrolle durch den Bundestag. Die Kommission, die selbst zur Hälfte aus Bundestagsabgeordneten besteht, kritisierte die parlamentarische Kontrolle des Einsatzes vor allem in politisch-strategischer Hinsicht als mangelhaft. Für eine bessere parlamentarische Kontrolle wäre es während der letzten 20 Jahre notwendig gewesen, dass die Fraktionen ihre eigene Haltung zum Afghanistan-Einsatz regelmäßig überprüfen und entsprechend anpassen. Diese Chance zum wirklich selbstkritischen Lernen wurde bisher nicht genutzt.

In der aktuellen zweiten Phase der Enquete-Kommission werden auf Basis der Aufarbeitung und der aus dem Afghanistan-Einsatz gezogenen Lehren konkrete Empfehlungen für das zukünftige internationale Krisenmanagement der Bundesregierung erarbeitet. Dabei wird vor allem die Notwendigkeit der Etablierung einer konstruktiven Fehler- und Lernkultur eine zentrale Rolle spielen, wenn es in Zukunft nicht mehr zu derart eklatanten Versäumnissen beim institutionellen Lernen kommen soll. Dafür wird es ebenso notwendig sein, für künftige Fälle von vernetztem Engagement Deutschlands handlungsleitende Instrumente und Maßstäbe zur Evaluierung der Wirkung und Wirksamkeit von Einsätzen zu entwickeln.

Verantwortung für die Zukunft: Kein Afghanistan-Schlussstrich

Aus dem komplexen Scheitern des Afghanistan-Einsatzes ergibt sich eine besondere Mitverantwortung der Bundesregierung für die aktuelle Situation in Afghanistan. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, könnte die Bundesregierung zum Beispiel ein Afghanistan-Konzept erarbeiten, in dem sich Deutschland zur Verbesserung der Lebensumstände der notleidenden Bevölkerung verpflichtet und dabei die diplomatische Nicht-Anerkennung des »Islamischen Emirates« einhält. Ein solches Konzept sollte auch Leitlinien für eine verantwortungsvolle Asylpolitik definieren und die fortdauernde Aufnahme von weiterhin gefährdeten Afghan:innen garantieren. Schließlich hat die Bundesregierung auch drei Jahre nach dem NATO-Truppenabzug keine kohärente Afghanistan-Politik vorzuweisen. Stattdessen wird im Kontext wiederauflammender Abschiebedebatten erneut der Schutzstatus geflohener Afghan:innen infrage gestellt. Unterdessen muss die afghanische Bevölkerung die Folgen des gescheiterten Afghanistan-Einsatzes tragen. Hier sei auf die repressive Politik der Taliban gegenüber als solchen identifizierten Regimegegnern (Journalist:innen, Beamte

⁸ <https://www.nzz.ch/international/der-krieg-in-afghanistan-forderte-240000-tote-ld.1640684>

und Sicherheitskräfte der Vorgängerregierung, Salafisten etc.) verwiesen, die systematische Entrechtung von Frauen und Mädchen, die teilweise Marginalisierung und Unterdrückung von ethnischen und religiösen Minderheiten, die wirtschaftliche und humanitäre Krise, der Zusammenbruch des Gesundheitssystems, die flächendeckende Ernährungsunsicherheit und die weitreichende Perspektivlosigkeit.

Die humanitäre Hilfe, die gegenwärtig über multilaterale Treuhandfonds und die Strukturen und Partner der Vereinten Nationen vor Ort geleistet wird, trägt kaum zur Minderung der humanitären Krise bei und vertieft stattdessen die Abhängigkeit Afghanistans von internationaler Unterstützung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verfolgt den sog. prinzipiengeleiteten Ansatz, nur mit Frauen für Frauen in Afghanistan Unterstützung zu leisten und dabei entsprechende Maßnahmen regierungsfern umzusetzen, also unter Umgehung der Behörden des »Islamischen Emirats«. Aus diesem Grund ist der Umfang der von Deutschland geleisteten Unterstützung äußerst gering, sehr punktuell und schließlich nur dort möglich, wo die Taliban-Autoritäten dies zulassen. So schließen und öffnen sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit afghanischen Frauen oftmals temporär und ad hoc, was keine Grundlage für beispielsweise längerfristig angelegte Ausbildungs- und Trainingsprogramme bietet, die dazu beitragen könnten, Frauen in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, sich untereinander zu organisieren oder auch

ihre Verhandlungsfähigkeiten gegenüber den Taliban-Behörden zu stärken. Die Förderung von Resilienzkapazitäten zur gezielten Unterstützung und Stärkung der afghanischen zivilgesellschaftlichen Handlungsfähigkeit kann nur bedingt über humanitäre Maßnahmen stattfinden.

Der aktuelle Afghanistan-Diskurs in Deutschland verengt die politischen Optionen künstlich auf eine mögliche offizielle Anerkennung der Taliban – die wir nicht befürworten – und den aktuell verfolgten Ansatz der Nicht-Anerkennung plus begrenzter Leistung von Nothilfe. Jedoch besteht jenseits dieser binären Optionen ein Spektrum von Möglichkeiten, die dazu beizutragen können, der afghanischen Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben und Überleben zu sichern. Hierzu gehört vor allem die Zusage für eine bessere Finanzierung von Maßnahmen zur parallelen Umsetzung in mehreren Sektoren wie Gesundheit, Bildung, Ernährung, sowie Hitze- und Winterschutz. Zur Sicherstellung der gewünschten Wirkungen bedarf es allerdings einer unterschweligen Interaktion mit den Taliban, konkret: einer inhaltlichen Kommunikation, die über den reinen Austausch von Informationen hinausgeht. Dafür wäre die Einrichtung eines deutschen Verbindungsbüros in Kabul zweckdienlich und empfehlenswert. Für Afghanistan jetzt und zukünftig Mitverantwortung zu übernehmen, ist angesichts der Kosten, Opfer und des letztendlichen Desasters des deutschen Afghanistan-Engagements kein Widerspruch zu einer werte- und interessenorientierten Außenpolitik

Über die Autoren

Dr. *Katja Mielke* ist Senior Researcher am Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc), wo sie u. a. zu Governance-Prozessen, Peacemaking und sozialen Ordnungen in Afghanistan, Pakistan, Irak und Tadschikistan forscht. Sie hat Politikwissenschaft sowie Osteuropa- und Mittelasienswissenschaften studiert und wurde mit einer Arbeit über lokale Ordnungsstrukturen und Staatlichkeit in Nordost-Afghanistan promoviert. Sie ist sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«.

Winfried Nachtwei war von 1994 bis 2009 Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen), ist Mitglied des Beirats Zivile Krisenprävention der Bundesregierung und sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«.

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2008 zu den zentralasiatischen Ländern befinden sich auf der Seite der Zentralasien-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/chronik?c=region-zentralasien,kasachstan,kirgistan,tadschikistan,turkmenistan,usbekistan&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus, Polen und der Ukraine Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Zentralasien-Analysen

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schmidt
Lektorat: Rostam Onori
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener
Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2024 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>